PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 7. März 1914. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.

Fideikommisse.

Von Dr. N. Frauenthal-Berlin.

I.

Es liegt mir sehr fern, prinzipiell die Frage hier theoretisch zu erörtern, ob überhaupt eine sich in der Hauptsache auf Besitz an Grund und Boden stützende ausgebreitete fideikommissarische Bindung von Vermögen sozial, moralisch und wirtschaftlich wünschenswert oder nicht für einen Staat, speziell für einen modernen Staat, ist, noch dazu für einen Staat, in dessen Bezirk die Industrie dem Ackerbau überlegen ist. Diese Frage theoretisch zu erörtern hat keinen Wert; fast so lange als wir die Geschichte der Menschheit kennen, kennen wir den Streit um die Stabilität des Grundbesitzes. Er ist in allen Zonen und in allen Formen ausgefochten worden. Das jüdische Jobeljahr, das dem Prinzip ager clamat dominum deutlich huldigt, ist nichts anderes als ein reines Agrargesetz zur Wahrung der Stabilität des Besitzes. Die gewaltigen und so blutigen Kämpfe, die durch den Latifundienbesitz der optimatischen Familien des alten Roms hervorgerufen wurden, die Aufteilunggesetze der Gracchen und anderer römischer Demokraten haben bis zur großen französischen Revolution hinunter Analogien in der Geschichte gefunden, denn auch die Bewegung, die im Jahre 1789 so mächtig sich dokumentierte, war nicht zum mindesten eine wirtschaftliche, die sich gegen die Gebundenheit des Landbesitzes, der verhältnismäßig in wenigen Händen ruhte, richtete. Im Mittelalter hat der gewaltigste Denker und Nationalökonom, den die katholische Kirche hervorgebracht hat, sich für die Stabilität von Grundbesitz eingesetzt, den er in erster Linie als berechtigtes Privateigentum anerkannte. Thomas von Aquino hielt, für seine Zeit durchaus richtig, den stabilen Grundbesitz für eine unerläßliche Vorbedingung eines geordneten Ständewesens, nach ihm stärkt er die Selbständigkeit des Individuums und verhindert, daß der Grundbesitzer zum Lohnsklaven des Kapitals herabsinkt. Aber es ist zu bedenken und wohl zu beachten, daß dieser wahrhaft große Mann, wie schon vor ihm die Verfasser des jüdischen Jobeljahrgesetzes, eine solche privilegierte Stellung dem Grundbesitzer nur einräumte, unter der Bedingung, daß er sie nicht etwa zu seinem Nutzen, sondern zu dem der Gesamtheit gebrauche. Thomas sagt ausdrücklich: aliud vero, quod competit homini circa res exteriores, est usus ipsarum; et quantum ad hoc, non debet homo habere res exteriores et proprias, sed ut communes.

Wäre dieser schöne, den gebundenen Grundbesitz allein rechtfertigende Grundsatz stets befolgt worden, das Anstürmen gegen den festgelegten Grundbesitz, nicht etwa allein seitens des reinen Kapitalismus, sondern der Demokratie überhaupt, wäre weit weniger heftig gewesen, ebenso wie die Verteidigung nicht ausschließlich von konservativer Seite geführt worden wäre. Die Geschichte aller Revolutionen lehrt es: der erste Hieb gilt stets dem gebundenen Grundbesitz. Die Geschichte aller reaktionären Bewegungen zeigt es, die erste Maßreglung zur neuen Sicherung des Staates ist zunächst immer eine zur Sicherung eines Standes, nämlich des Großgrundbesitzes. Denn das Charakteristische aller Fideikommißgesetzgebungen ist es, daß sie nicht den Schutz des Bodenbebauers im allgemeinen, sondern nur den des Großgrundbesitzers, zum Schaden oft der andern Landwirte, bezwecken. Man braucht nicht an den Schutz der englischen Latifundien, den sie durch Jahrhunderte in Irland auf Kosten der irischen Landbevölkerung genossen, zu denken, man kann, um dies zu konstatieren, in Deutschland bleiben. Und gerade dies Prinzip ist es, das auch den, der vielleicht einer beschränkten Stabilität des Landbesitzes, speziell des bäuerlichen Landbesitzes sonst das Wort reden würde, tief verstimmen muß.

Bei jedem neuen Gesetzentwurf, der vom Regierungstisch an die Parlamente gelangt, muß man heute prüfen, ob sein Gesetzwerden sich nicht nur

wirtschaftlich, sondern auch moralisch-sozial rechtfertigen läßt. Ganz besonders muß man dieses Kriterium anwenden, bei einem Entwurf eines Gesetzes, das als ein Ausnahme- und Begünstigunggesetz zum Vorteil eines einzigen Standes gedacht ist, eines Gesetzes, das eventuell weit über 10 % der land- und forstwirtschaftlich genutzten Fläche des gesamten Staates dem freien Verkehr entzieht, das für die Bewirtschaftung, Belastung, Verwaltung und die Erbfolge an diesem so gebundenen Besitz andere Regeln wie die sonst üblichen statuiert, ja teilweise die einzelnen Vorausbedingungen der Bindung den Stiftern der Fideikommisse selbst überläßt, daher auch tief in das Privatrecht eingreift. Wenn dieses Gesetz irgendwie den Charakter eines bewußten Klassengesetzes trägt, wenn es nicht das Interesse der Allgemeinheit über die des Einzelstandes stellt, so ist es als höchst reaktionär zurückzuweisen, wenigstens vor dem Scherbengericht der Oeffentlichkeit, denn im preußischen Herrenhaus und im preußischen Abgeordnetenhaus wird es trotzdem, oder gerade deswegen durchgehen. Denn beide Häuser stehen unter der sehr begreiflichen Suggestion, die ihre Mehrheit beherrscht, sie nützten der Allgemeinheit, wenn sie einem ohnedies schon in Preußen sehr privilegiertem Stand, dem Großgrundbesitz, nützten.

Leider muß man, auch wenn man durchaus kein Antiagrarier ist, dem neuen Gesetzentwurf über Familienfideikommisse eine wirtschaftliche Berechtigung für die Allgemeinheit und eine moralisch-soziale Berechtigung absprechen. Eine Agrargesetzgebung in unseren Tagen müßte vor allen Dingen auf die Erhaltung und Kräftigung des mittleren und kleineren Bauern ausgehen; auch vom konservativen Parteistandpunkt aus wäre allein eine Agrargesetzgebung in diesem Sinne zu befürworten.

Nun ist es gar nicht zu verkennen, daß in der allgemeinen Begründung, die dem Gesetzentwurf gegeben wird, der Verfasser diesen Mangel erkannt hat, und sich Mühe gibt, Gründe moralischer und sozialer Natur in Hülle und Fülle anzuführen, die die legislatorische Arbeit der Regierung aus höheren Gesichtspunkten rechtfertigen sollen; doch das war ein vergebliches Bemühen, meines Erachtens. Die Argumente in der allgemeinen Begründung sind nicht stichhaltig, und die speziellen Ausführungen zerstören die letzten Hoffnungen, daß wir es mit einem in sich begründeten, d. h. notwendigen Gesetzentwurf zu tun haben. Ich werde zunächst auf die allgemeinen und später auf die speziellen Motive eingehen. Wenn ich dabei den Rahmen eines Artikels überschreiten muß, so erscheint mir gerade für ein finanzwissenschaftliches Blatt bei der eminenten Wichtigkeit der Materie, bei einem Gesetzentwurf, der vom finanztechnischen und nationalökonomischen Standpunkte aus von der höchsten Bedeutung ist, diese Ausführlichkeit durchaus gerechtfertigt zu sein und keiner Entschuldigung zu bedürfen.

Bekanntlich sieht der Entwurf vor, daß in Zukunft eine prinzipielle Minimalgrenze für zu gründende Fideikommisse von 300 Hektar land- und forstwirtschaftlichem Grundbesitz mit einem Minimalreineinkommen von mindestens 10 000 ℳ festgelegt wird. Dieses Mindesteinkommen darf mit Beiträgen zur Verbesserungmasse (dem Ameliorationsfonds) und der Versorgungmasse (für die anderen Familienmitglieder) nicht beschwert sein, auch mit keiner anderen regelmäßigen Leistung, die etwa die Stiftungurkunde bestimmt. Ebensowenig sind ihm zuzuweisen Einkünfte, die aus Kapitalien des Fideikommisses oder aus auf dem Fideikommiß betriebenen anderen als land- und forstwirtschaftlichen Bodenbetrieben (Stein-, Kalk-, Kreide-, Schieferbrüche, Sand-, Lehm-, Kies-, Tongruben, Torfstiche) stammen; ebenfalls nicht anzurechnen sind Einkünfte aus zum Fideikommiß gehörigen Bergwerken oder städtischen Grundstücken; doch darf die Gesamtheit dieser Nebenbeträge nur höchstens das Vierfache aus dem Reineinkommen des land- und forstwirtschaftlichen Betriebs erreichen (also bei 10 000 ℳ 40 000 ℳ), der Betrieb soll eine wirtschaftliche Einheit womöglich darstellen. Die Höchstgrenze ist 2500 Hektar rein landwirtschaftlichen Betriebs, aber nicht Forstfläche, diese kann unbeschränkt hinzukommen, denn auch bei der Maximalgrenze von 10 % der Kreisfläche für Fideikommisse ist ausdrücklich betont, daß diese erhöht werden kann, wenn die Erhöhung im öffentlichen Interesse liegt. Als öffentliches Interesse wird aber in den Ausführungbestimmungen selbst die Erhaltung ausgedehnter Forsten angeführt. Die Bestätigung der Fideikommisse geschieht nicht, wie etwa in Oesterreich, durch ein besonderes Gesetz, sondern durch den König, liegt also im Belieben der Krone!

Hier will ich zunächst einmal anführen, wie nun die allgemeine Begründung versucht, dieses Gesetz als ein eminent soziales hinzustellen. Ich will nur noch vorausschicken, daß der Gesetzentwurf zum mindesten eine mehr als Verdopplung des bisher gebundenen Grundbesitzes in Preußen für zulässig erachtet (heute sind 4,9 % der landwirtschaftlich bebauten Fläche Fideikommisse). Daß das Gesetz ausschließlich natürlich dem altangesessenen Großgrundbesitz dienen soll, daß es ihn den wirtschaftlichen Kämpfen und Krisen des Tages möglichst entrücken, ihn möglichst sichern will, ist ja klar. Daß dieses Gesetz vornehmlich dem begüterten ostelbischen Adel zugute kommen muß, werden wir später noch erkennen. Nun hören wir die sittliche Rechtfertigung, die die Regierung zugunsten dieses Ausnahmerechts für den Großgrundbesitz anführt: S. 8 und 9 der allgemeinen Begründung heißt es:

„Gerade in der Gegenwart, wo so viele Verhältnisse auf die Lockerung und Auflösung der weiteren Familiengemeinschaft hinwirken, muß dem Staat daran gelegen sein, Einrichtungen zu fördern, die auf eine Festigung dieser Gemeinschaft abzielen. Schon dieses sittlich-politische Interesse des Staates würde die Beibehaltung eines Rechtsgebildes rechtfertigen, das bei zweckentsprechender Ausgestaltung besonders geeignet erscheint, den

Familien auf der Grundlage eines beständigen Familienvermögens ein festeres Gefüge zu geben. Hierzu tritt aber noch ein wichtiger wirtschaftpolitischer Grund. Sofern bei den Familienfideikommissen nach der geschichtlichen Entwicklung dieses Rechtsgebildes als wirtschaftliche Grundlage der Familienverbände vorzugsweise die altererbten Familiengüter in Betracht kommen, trifft das private Intereesse der Familien an der Erhaltung dieser Güter zusammen mit einer staatlichen Aufgabe, deren volkswirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung für die Gegenwart mehr und mehr anerkannt wird, der Aufgabe nämlich, der Gefahr entgegenzutreten, daß der land- und forstwirtschaftliche Grundbesitz unter dem Vordringen der kapitalistischen Wirtschaftordnung zu einem bloßen „Spekulations- und Handelsobjekt" wird. Wenn auch derzeit die Befestigung des mittleren und kleinen Grundbesitzes im Vordergrund steht, so hat der Staat doch auch ein wesentliches Interesse daran, ein Rechtsgebilde zu erhalten und auszubauen, das die gleiche Aufgabe für den Großgrundbesitz erfüllt."

Es wird hier zunächst ex cathedra konstatiert, der Staat hat ein Interesse daran, beständige Familievermögen zu erhalten. Gut, man kann dies, je nach der nationalökonomischen Grundanschauung, leugnen oder zugeben, aber schwerlich läßt es sich rechtfertigen, daß der Staat die gewaltigsten Schutzdämme aufrichtet, um nur eine Spezies von großen Vermögen zu schützen. Es sind „vorzugsweise" die altererbten Familiengüter an Grund und Boden, denen der Staat seine liebevollste Sorgfalt widmet. Ob der andere Großgrundbesitz von dem Vordringen der „kapitalistischen Wirtschaftordnung" zertrümmert wird, ob der tatkräftige Landwirt, der kein altererbtes Familiengut besitzt, sondern sich in schwerem, wirtschaftlichem Kampf emporgerungen hat, den Strom bei ungünstiger Konjunktur hinuntergleitet, kommt lange nicht so in Betracht, wie daß die altererbten (d. h. zu 95% von 100% im adligen Besitz befindlichen) Güter nicht den Besitzer wechseln, daß die Stabilität und der Wohlstand einzelner Familien in noch größerem Umfang als bisher geschützt wird. Das ist die Maxime nicht einer allgemein sozialen Politik, sondern einer zugunsten einer Partei geformten Politik. Dann heißt es weiter:

„Der Großgrundbesitzer ist in der Lage, seine Liegenschaften, wenn auch nicht immer in vollem Umfang, so doch wenigstens teilweise im Großbetrieb zu bewirtschaften. Dabei ist im Sinne des Entwurfs davon auszugehen, daß die einheitliche Bewirtschaftung eines Gutes von mindestens 300 Hektar sich regelmäßig als Großbetrieb darstellt. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe liegt nun zunächst darin, daß der wohlhabende und gebildete Groslandwirt, da es ihm seine Mittel ermöglichen, den Fortschritten auf wirtschaftlichem Gebiete dauernd zu folgen und dadurch eine besondere Erfahrung und Einsicht zu erwerben und zu betätigen, berufen erscheint, dem kleineren Besitzer mit seiner Wirtschaftführung ein wertvolles Vorbild zu geben und dadurch zur Förderung des Wohlstandes des einzelnen wie der Gesamtheit beizutragen.

Diese Bedeutung des Großgrundbesitzes teilen die ihm angehörenden Familienfideikommisse in vollem Umfang. Infolge der grundsätzlichen Unteilbarkeit und Unverschuldbarkeit des fideikommissarischen Grundbesitzes bilden sie zudem einen wertvollen Schutz gegen die fortschreitende Ueberschuldung des ländlichen Grundbesitzes sowie gegen eine der Notlage des Besitzers entspringende unwirtschaftliche Zerstückelung des Grund und Bodens. Vor allem aber wird durch die fideikommissarische Bindung der Großgüter eine planmäßige Forstwirtschaft begünstigt. Der Forstbetrieb erfordert ausgedehnte Flächen, weil eine geregelte Schlagwirtschaft nur auf solchen möglich ist."

Wir werden bald ersehen, daß die allgemeine Begründung den seßhaften Fideikommißbesitzer als einen Mann feiert, der in gemeinnütziger Tätigkeit im Dienst des Vaterlandes steht (S. 15); hier begegnen wir schon dem Präludium zu solch begeistertem Hymnus. Nun übersieht der Harfenschläger am Regierungtisch ganz, daß es an und für sich schon sehr bestritten ist, ob die Form der Wirtschaftführung des landwirtschaftlichen Großbetriebes infolge ihrer ganz anderen Grundbedingungen als vorbildlich für den Kleinbetrieb anzusehen ist. Daß aber der Fideikommißbesitzer, der gegen alle wirtschaftlichen Kalamitäten stiftunggemäß sichergestellt ist und in weit höherem Maße sogar sichergestellt sein muß, als der freie Großgrundbesitzer, dem kleinen Besitzer als Vorbild dienen soll und zur Förderung des Wohlstandes beiträgt, dafür fehlt mir das Verständnis. Gerade die Unteilbarkeit und Unverschuldbarkeit des fideikommissarischen Besitzes, sein extra commercium sein, schließen eine solche Vorbildschaft a limine aus!

Ferner scheint mir der Gesetzgeber von der Fiktion auszugehen, daß fast alle Fideikommißbesitzer auf ihrer heimatlichen Scholle sitzen und als Musterlandwirte in ihrem Kreise wirken. Diese Fiktion entbehrt aber der notwendigen statistischen Unterlagen. Ein Teil der Fideikommißbesitzer sitzt nicht auf der Scholle, sondern verzehrt seine Renten aus dem Fideikommiß irgendwo in der Welt, genau so, wie ein Teil der schnöden Kapitalbesitzer, über die die allgemeine Begründung sehr hoheitvoll generaliter aburteilt (obwohl sie für Vater Fiskus sehr willkommene Bewohner des Staates sind); ein anderer Teil dient als Beamter. Und dann endlich eine Frage: um ein vorbildlicher Landwirt zu sein, ein Mann, der mehr noch, nach der Begründung, als jeder andere dem Vaterland zu dienen scheint, muß man doch wohl eine überaus sorgfältige Vorbildung genießen? Ein sehr großer Teil gerade unserer Fideikommißbesitzer, — die verschiedenen gothaischen genealogischen Kalender geben darüber erwünschte Auskunft, — steht aber, bis er das Fideikommiß übernimmt oder doch zum mindesten während der Jahre,

in denen er am besten praktisch und theoretisch lernen kann, als Offizier im Heer. So ehrenvoll und so nützlich dieser Beruf auch ist, so hat er doch mit der Ausbildung zum praktischen Landwirt sehr wenig zu tun!

Um aber zu zeigen, wie deutlich der Entwurf sich nur als eine Art Klassengesetz auffassen läßt, mag die prachtvolle Tirade, die ich schon erwähnte, die sich gegen den Kapitalisten richtet, zum Schluß dieses Artikels stehen. Es sei dabei ausdrücklich bemerkt, daß ich durchaus nicht für den reinen Kapitalismus schwärme, aber der landwirtschaftliche Latifundienbesitz erscheint mir gerade in der Form der fideikommissarischen Bindung auch nicht als das Ideal einer gerechten Wirtschaftordnung. Nun zu dem schwungvollen Schlußhymnus von Seite 15. Er lautet:

„Familienfideikommisse, deren Hauptgegenstand nicht in land- oder forstwirtschaftlichem Grundbesitz besteht, sind entbehrlich. Dies gilt besonders von den reinen Geldfideikommissen. Zwar soll nicht verkannt werden, daß auch Geldfideikommisse durch die ihnen innewohnende wirtschaftliche Macht zur Erhaltung von Familien beitragen und ihren Besitzern die Teilnahme an gemeinnützigen Bestrebungen sowie die Unterstützung hilfloser oder wirtschaftlich schwacher Familienmitglieder erleichtern können. Aber der befestigte Grundbesitz, dessen Gedeihen mit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zuständen des Staates und des besonderen örtlichen Bezirkes eng verbunden ist, vermag doch in ganz anderer Weise zu gemeinnütziger Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes anzuregen, als ein reines Geldfideikommiß, das nur den Bezug dauernder Renten gewährleisten soll, und dessen Besitzer daher zunächst nur auf eine sichere und einträgliche Kapitalsanlage bedacht sein werden."

(Ein zweiter Artikel folgt.)

Handelssachverständige.

Von Rechtsanwalt Dr. **Max Alsberg**-Berlin.

Der Ohm-Prozeß hat das Problem des Handelsstrafprozesses wieder einmal akut werden lassen. Die Klage, daß solche Prozesse meist unverhältnismäßig lange dauern, war, wenn man die verschiedenen Handelsstrafprozesse in bezug auf ihre äußere Dauer vergleicht, wohl noch nie so berechtigt wie in diesem Fall. Und doch war beim Ohm-Prozeß die Dauer von mehreren Monaten innerlich vielleicht immerhin noch berechtigter als bei manchen andern Handelsstrafprozessen eine Dauer von mehreren Wochen. Beim Ohm-Prozeß handelte es sich um zahlreiche verwickelte Gründungen, deren volle Klarlegung möglicherweise wirklich nur in einer ausgedehnten Hauptverhandlung möglich war. Nur eine volle Klarlegung konnte aber die Frage nach der Gesamtschuld des Hauptangeklagten entscheiden.

Trotz dieses Entschuldigunggrundes wird man aber diese Dauer des Ohm-Prozesses nicht rechtfertigen können, und man wird ernstlich die Frage aufzuwerfen haben: Was muß geschehen, um unsere Handelsstrafprozesse zu reformieren?

Es ist vor längerer Zeit von Landrichter Dr. Sontag in der Presse der Vorschlag gemacht worden, besondere Handelsstrafkammern einzurichten, indem zur Begründung dieses Vorschlages ausgeführt ist, daß nur so die Erfahrungen, die in den verschiedenen Prozessen gemacht würden, aufgesammelt werden können. Der Vorschlag war nicht nur diskutabel, sondern unbedingt zu unterstützen für größere Landgerichte, die mehrere Kammern haben, und bei denen Handelsstrafprozesse häufiger vorkommen. Hier kann zweifellos dadurch, daß gleichartige Fälle vor dieselben Richter kommen, nicht nur eine Gleichmäßigkeit, sondern auch eine Beschleunigung der Rechtsprechung erreicht werden. Aus der notwendigen Beschränkung der Einführung solcher Handelsstrafkammern für größere Landgerichte ergibt sich aber schon der begrenzte Wert einer solchen Institution. Für kleinere und selbst mittlere Landgerichte hat die Einführung derartiger Strafkammern keinen Wert. Die mangelnde Beschäftigung würde hier auch eine besondere Erfahrung nicht zeitigen.

Die Einführung von Handelsstrafkammern würde, wo sie überhaupt in Frage kommen kann, lediglich eine bessere Schulung der zur Endentscheidung berufenen Richter zur Folge haben. Die übrigen Mängel, die dem Handelsstrafprozeß heute anhaften, würden selbstverständlich dadurch in keiner Weise behoben. Zu diesen Mängeln zähle ich vor allem den, daß wir Handelssachverständige, die sich ausschließlich der gutachtlichen Tätigkeit im Prozeß widmen, nicht haben. Die Sachverständigen werden bei uns von Fall zu Fall ausgewählt. Man sucht sie in der Zahl derer, die in der kaufmännischen Praxis eine besonders hervorragende Stellung einnehmen oder sich als Handelsschriftsteller einen Namen erworben haben. Ihre gutachtliche Tätigkeit ist daher immer nur eine nebenberufliche. Eine große Zahl der so geeigneten Persönlichkeiten macht dem Gericht die größten Schwierigkeiten, wenn sie mit umfangreichen Sachverständigenaufgaben betraut werden sollen. Diese Schwierigkeiten sind auch durchaus zu verstehen. Das Entgelt, das einem Sachverständigen für seine Tätigkeit auf Grund der Gebührenordnung zukommt, ist ein derartig minimales, daß dabei von einer Entschädigung für die Arbeit und den Zeitverlust ernsthaft überhaupt nicht

gesprochen werden kann. Aber selbst wenn das Gericht für eine Sache einen dieser Herren gewonnen hat, entsteht die neue Schwierigkeit, daß der betreffende Sachverständige sich nicht ausschließlich oder doch vornehmlich dem Prozeß widmen kann, für den seine Kräfte in Anspruch genommen werden. So kommt es denn, daß in den Handelsstrafprozessen die ständige Klage der Untersuchungrichter die ist, daß das Verfahren nicht gefördert werden könne, weil das Gutachten des Sachverständigen fehle. Hier müßte ernstlich Remedur geschaffen werden durch die Anstellung besonderer Handelssachverständiger, die verpflichtet wären, ihre Haupttätigkeit den Prozessen zu widmen, in denen sie beschäftigt werden. Es müßte das besondere Amt eines Handelssachverständigen geschaffen werden.

Würden solche Aemter eingerichtet werden, so würde es auch voraussichtlich nicht schwer fallen, sie mit geeigneten Persönlichkeiten zu besetzen. Wo ein Stamm ist, pflegt sich auch meistens der Nachwuchs einzustellen. Auf diese Weise würden ständig neue Handelssachverständige herangezogen werden können, die dadurch, daß sie sich fortwährend mit dem Studium von Akten beschäftigen, natürlich auch bald eine ganz andere Routine haben würden, als sie ein Sachverständiger haben kann, der vielleicht zum erstenmal zu diesem Amt berufen wird.

Mit der Schaffung solcher Aemter müßte Hand in Hand gehen eine Hebung der Stellung des Sachverständigen im Prozeß. Es müßte im Handelsstrafprozeß möglich sein, daß der Handelssachverständige im Vorverfahren im Verein mit dem Vertreter der Anklage, dem Angeklagten und seinem Rechtsbeistand die einzelnen gegen den Angeklagten erhobenen Vorwürfe an Hand der Akten erörterte, und daß er die hierbei gewonnenen Ergebnisse dem Richter in der Hauptverhandlung vortragen könnte, ohne daß jeder Punkt von neuem zu erörtern wäre. Bei der heutigen Praxis kommt der Sachverständige vor der Hauptverhandlung meist mit dem Angeklagten überhaupt nicht in Berührung. Ohne daß er den Angeklagten persönlich gehört hat, erstattet er seine Gutachten in der Voruntersuchung. Wenn der Angeklagte sich nicht eine Abschrift dieser Gutachten durch seinen Verteidiger beschafft, bekommt er von diesen Gutachten nur Kenntnis, soweit ihr Inhalt in der Anklageschrift referiert ist. So kommt es, daß der Streit über die Hauptpunkte bei unserm heutigen Verfahren eigentlich erst in der Hauptverhandlung beginnt. Der Voruntersuchung kommt eine rein vorbereitende Bedeutung zu, die oft dadurch völlig an Wert verliert, daß der Angeklagte erst in der Hauptverhandlung mit seinen entscheidenden Einwänden zu Wort kommt. Für kein Verfahren ist unser heutiger Strafprozeß mit seiner Uebertreibung des Mündlichkeitprinzips so verhängnisvoll wie gerade für den Handelsstrafprozeß.

Es bedeutet eine völlig zwecklose Zeitverschwendung, wenn z. B. in einem Bucket-shop-Prozeß in der Hauptverhandlung fast sämtliche Kunden des betreffenden Bucket-shop-Bankiers vernommen werden, und sich an ihre Befragung langwierige Erörterungen darüber anschließen, ob das betreffende Geschäft an der Börse ausgeführt ist, und ob der Angeklagte mit gutem Gewissen zu dem Geschäft raten konnte. Würde hier die Geschäftsverbindung in der Voruntersuchung eingehend erörtert werden, und die Möglichkeit geschaffen sein, daß der Sachverständige in der Hauptverhandlung sein Referat erstattet, das dem Richter und dem Angeklagten so zeitig zugestellt ist, daß er selbst oder durch einen Gegensachverständigen eine Gegenerklärung abgeben konnte, so würde die Dauer der Handelsstrafprozesse ganz wesentlich eingeschränkt werden.

Ich sehe also darin, daß wir nicht ähnlich dem beamteten Gerichtsarzt einen beamteten Gerichtssachverständigen für Handelsprozesse haben, einen wesentlichen Mangel unseres geltenden Rechts. Seine Beseitigung müßte Hand in Hand gehen mit einer Erweiterung der Kompetenz des Handelssachverständigen und einer entsprechenden Umänderung des Vorverfahrens. Die Schaffung beamteter Handelssachverständiger wäre aber nicht nur von Wert für den Handelsprozeß. Es ist ganz zweifellos, daß sich auch sonst im Leben das Bedürfnis nach solchen Sachverständigen geltend macht. Heutzutage ist der vereidete Bücherrevisor die einzige Vertrauensperson, an die sich der in Handelssachen eines Rats Bedürftige wenden kann. Naturgemäß beschränkt sich aber die Kenntnis dieser Sachverständigen vornehmlich auf das Gebiet der Buchtechnik. Speziell von Bank- und Börsensachen, in denen das Publikum sehr häufig eines Rates bedarf, verstehen die Bücherrevisoren nur selten das Notwendige. Sie fühlen sich auch gar nicht berufen, hier ratend dem Publikum zur Seite zu stehen, und vor allem kommt das Publikum auch gar nicht auf die Idee, sich in Bank- und Börsensachen an sie zu wenden. Das Publikum hat aber einen solchen unparteiischen Ratgeber nötig. Denn der Bankier, der zwar nach der Rechtsprechung des Reichtsgerichts, insbesondere nach einem Urteil im 42. Bande der Entscheidungen in Zivilsachen, ein unparteiischer Berater des Publikums sein soll, ist es durchaus nicht immer. Mit dem Interesse an der unparteiischen Beratung kreuzt sich sein Interesse an einem möglichst guten Verdienst. Diesen Verdienst hat der Bankier nicht, wenn er das Publikum zu einer dauernden Anlage in Papieren veranlaßt, die er selbst an der Börse einkaufen muß. So kommt es, daß zahllose Personen, weil sie lediglich auf die Beratung eines immerhin interessierten Bankiers angewiesen sind, ihr sauer erspartes Geld in keineswegs sicheren Werten anlegen. Hier müßte dem Publikum der uninteressierte Handelssachverständige, dem man den Namen eines Finanzanwalts geben könnte, zur Seite stehen.

Wenn die Schäden unserer Handelsstrafprozesse das eine Gute wirken würden, daß man zur Schaffung beamteter Handelssachverständiger schritte, so würde vielleicht auch in Zukunft mancher Handelsstrafprozeß unmöglich werden, der bisher nur deshalb möglich war, weil das Publikum des unparteiischen, uninteressierten Ratgebers, an den es sich in Handels- und Finanzfragen wenden könnte, entbehrt.

Revue der Presse.

Anläßlich der in Aussicht genommenen

Fusion der Bergisch-Märkischen mit der Deutschen Bank

beschäftigt sich die gesamte Handelspresse intensiv mit der Frage der Zentralisation im Bankgewerbe. Die Vossische Zeitung (28. Febr.) meint, daß der Gedanke der strafferen Zentralisation, die Einschränkung der Kosten des technischen Apparates und die Vermeidung der Doppelbesteuerung der Portefeuille-Aktien viel Verlockendes hat. Aber auf der anderen Seite ständen doch sehr gewichtige Gegengründe, wie das Verlangen nach weitgehender Risikoteilung, die Abneigung vor dem Aufladen einer ins Ungemessene gehenden Verantwortlichkeit und die Ansicht, daß eine nach außen selbständige Provinzbank einen stärkeren Rückhalt schon aus lokalpatriotischen Gründen unter der eingesessenen Bevölkerung haben werde. Wenn sich die Deutsche Bank dazu entschließt, sich über all diese schwerwiegenden Gründe hinwegzusetzen, so geschieht das wohl, weil die Bergbank ihr durch das Beschreiten des spekulativen Gebietes in den letzten Jahren manche schwere Enttäuschung bereitet hat, und weil sie ferner beabsichtigt, ihre Stellung im rheinischen Industriebezirk zu stärken und der beabsichtigten Anlehnung des Schaaffhausen'schen Bankvereins an eine berliner Großbank zuvorzukommen. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ist eine Verschmelzung wie die obige zu bedauern. Denn durch die Anhäufung riesiger Kapitalien in einigen wenigen großen Reservoirs vermindern sich die Reserven unserer Volkswirtschaft und ihre Liquidität. Denn wie die Erfahrung lehrt, pflegen die liquiden Mittel einer Großbank ersten Ranges nicht so hoch zu sein, wie die von den früheren Einzelbanken gehaltenen Reserven, denn man spart bei den Verschmelzungen stets nicht nur gern Spesen und Gehälter, sondern auch an leicht greifbaren Reserven. Kommt die Fusion der Deutschen mit der Bergisch-Märkischen Bank wirklich zustande, so ist zu befürchten, damit eine neue Fusionsära in der Bankwelt eingeleitet wird, und daß es dabei zu Verschmelzungen kommen dürfte, für die sachlich weit weniger stichhaltige Gründe ins Feld geführt werden können, als im vorliegenden Fall. — Ueber das Thema

Provinzbanken oder Zentralbanken

verbreitet sich auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung (1. März). Das Blatt teilt zunächst mit, daß nach seinem Dafürhalten die beabsichtigte Transaktion der Deutschen Bank sofort über den Bereich des Konzerns der Deutschen Bank hinausgehende Weiterungen im rheinisch-westfälischen Bankenreich zeitigen würde. Sodann weist sie darauf hin, daß die eigentliche rheinische Großindustrie sowohl in der Provinz als auch in Berlin ihre festen Bankverbindungen hat, und sich durch die Errichtung einer neuen Bankfiliale nicht beirren lassen würde. Eine ganze Anzahl von großindustriellen Unternehmungen benötigten zudem überhaupt nicht die Privatbanken zur Abwicklung ihrer Geldgeschäfte, sondern nähmen hierzu die Syndikate und die Reichsbank in Anspruch. Bei den großen Warenfirmen lägen die Verhältnisse ähnlich. Es bliebe somit der Deutschen Bank, wenn sie sich im Rheinlande neue Geschäfte erschließen wolle, eigentlich nur die Pflege des mittleren und kleineren Bankgeschäftes übrig. Dies würde jedoch weit besser von den lokalen Banken und Privatgeschäften besorgt, und für eine von Berlin aus geleitete Großbank, für die es außerordentlich schwer halte, die lokalen Verhältnisse überall richtig zu beurteilen, würde es hier keineswegs leicht sein, ins Geschäft zu kommen und wirklich einen Konnex mit der Kundschaft herzustellen. Die alte Methode der Aktienbeteiligung an alteingesessenen Provinzbanken sei denn da doch weit vorteilhafter gewesen. Für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk selbst sei es keineswegs gleichgültig, ob dort eine von Berlin aus geleitete Großbank, oder eine altangesessene Bank arbeite. Denn eine berliner Zentralbank werde nie so wie die Provinzbank in der Lage und darauf bedacht sein, in erster Linie die Bedürfnisse der rheinisch-westfälischen Kundschaft zu befriedigen. Man solle sich durch das hohe Aktienkapital der berliner Großbank nicht düpieren lassen; ihm ständen entsprechend höhere Verpflichtungen als bei der Provinzbank und eine starke Zersplitterung des Interessengebietes gegenüber. Ebensowenig, wie man den Provinzbanken den Rat geben kann, sich, um die Vorteile des Zentralbörsenplatzes zu genießen, einzeln oder vereint nach Berlin zu begeben, kann man den berliner Banken raten, mit ihren Filialen in die Provinz zu gehen. Denn eine Fortdauer dieser Zentralisierungbewegung kann sehr leicht einmal zum Beginn der Verstaatlichung des Depositen- und des Bankwesens überhaupt führen. — Die Vossische Zeitung (28. Febr.) macht einige interessante Mitteilungen über

Spaniens finanziellen Aufschwung.

Der Abschluß des Staatshaushalts für 1913 ergibt, daß die Schatzeinnahmen sich auf 1,397 Milliarden Pesetas und die Ausgaben auf 1,411 Milliarden belaufen. Unter den Ausgaben figurieren rund 207 Millionen Pesetas außerordentliche Ausgaben für militärische Zwecke, öffentliche Bauten und den marokkanischen Krieg. Hierdurch erklärt sich der Fehlbetrag von 14 Mill. Pesetas. Für die nächsten fünf Jahre sind größere außerordentliche Ausgaben für Marokko, für Flottenbau, für Neueinrichtung und Ausrüstung des Heeres, Eisenbahn und Kanalbauten im Gesamtbetrage von 2,5 Milliarden Pesetas vorgesehen, die durch eine Auslandsanleihe gedeckt

werden sollen. Es ist anzunehmen, daß diese neue finanzielle Belastung die Kräfte des Landes nicht übersteigen wird. Denn unstreitig befindet sich gegenwärtig Spanien in wirtschaftlich aufsteigender Entwicklung. Die ordentlichen Einnahmen des Staates, die 1910 noch 1126 und 1912 1161 Mill. betrugen, stellten sich 1913 auf 1225 Mill. Pesetas. Die Einfuhr hatte 1913 einen Wert von 1273 Mill. Pesetas gegen 1052 im Vorjahre und nur 684 im Jahre 1893, die Ausfuhr einen solchen von 1078 gegen 1046 resp. 626 Mill. Pesetas. Ferner haben sich die Einnahmen der gesamten Eisenbahnen Spaniens 1913 auf 356 Mill. Pesetas erhöht von 329 Mill. im Vorjahre. Aehnlich günstig haben sich in der letzten Zeit auch Landwirtschaft, Bergbau und Schiffahrt entwickelt. — Die Frankfurter Zeitung (1. März) bringt als Besprechung eines Buches von Dr. Helmer Key: „La vie économique de la Suède" einen Artikel über die

Schwedische Volkswirtschaft.

Schweden, das 1910 eine Bevölkerung von 5,5 Mill. Köpfen besaß, hat einen Zuwachs von jährlich etwa 40 000 Köpfen gleich 7% zu verzeichnen. Von der Landwirtschaft lebten im Jahre 1909 etwa 48¾% des Volkes. Schätzungen des schwedischen Nationalvermögens lauten auf 19,47 Milliarden Frcs. Da die Verschuldung vom Ausland 1917 Mill. beträgt, so ergibt sich eine Bilanzziffer von 21,28 Milliarden. Das Jahreseinkommen der Nation wird auf 1743 Millionen Francs berechnet, von denen 80 Mill. in Form von Zinsen und Tilungraten für die öffentlichen Anleihen ins Ausland gehen. Eine sehr bedeutsame Stellung nimmt der Staat im wirtschaftlichen Leben der Nation ein. Er besitzt Eisenbahnen im Kapitalwert von 792 Mill. Frcs., einen Dominialbesitz von 608,5 Mill., Mobiliareigentum im Werte von über 129 Mill., ein Aktivum bei der Staatsbank von 121,8 Mill., produktive Waldfläche (über ein Viertel der gesamten) von 4,9 Mill. Hektar, den Trollhätta-Kanal und die elektrische Kraftstation. — Trotzdem die Ackerbaukultur des Landes große Fortschritte gemacht hat, genügt sie doch nicht, den Bedarf der Bevölkerung zu decken, so daß im Durchschnitt der letzten zehn Jahre eine Getreideeinfuhr von 56 kg pro Kopf notwendig war. Sehr bedeutend ist die Milchindustrie, die bei ca. 1,8 Mill. Kühen eine jährliche Produktion von nahezu 3 Mill. kg liefert. Bekannt ist die Bedeutung von Schwedens Holzindustrie. Während die schwedische Eisen- und Stahlindustrie im Zeitraum 1901/10 insgesamt für 1156 Mill. Frcs. exportierte, belief sich in der gleichen Periode der Holzexport auf 2241 Mill. und die Ausfuhr von Holzpapiermasse, Papier und Papierartikeln auf 984 Mill. Der schwedische Bergbau ernährt ungefähr bei einer jährlichen Produktion von 6 Mill. t, wovon 5,5 Mill. auf die Eisenförderung und 300 000 auf Kohle entfallen, 200 000 Personen. Die Roheisenproduktion betrug 1907 rund 616 000 t, die Stahlbereitung im Jahre 1906 400 000 t. Von anderen bedeutenden Industrien ist die Manufaktur zu nennen, die 1910 in rund 11 500 Fabriken über 300 000 Arbeiter beschäftigte. In der schwedischen Industrie machen sich übrigens starke Konzentrationstendenzen bemerkbar, am schärfsten in der Zuckerindustrie, wo es gelungen ist, mit Ausnahme von zwei kleinen, sämtliche Fabriken des Landes in eine einzige Aktiengesellschaft mit 187 Mill. Frcs. Kapital zu verschmelzen. Schwedens Einfuhr belief sich 1911 auf 968, die Ausfuhr auf 934 Mill. Die Handelsbilanz zeigt eine starke Tendenz zur Aktivität. Die industrielle Entwicklung des Landes wird durch die großen Wasserkräfte sehr stark gefördert.

Aus den Börsensälen.

Die Börse ist verstimmt, aber sie weiss selbst keinen eigentlichen Grund hierfür zu finden. Die wahre Ursache ist anscheinend, dass die Hausseengagements, die die berufsmässige Spekulation im Januar und Februar angehäuft hatte, sich nicht mehr leicht realisieren lassen, weil das Privatpublikum sich noch nicht mit grossem Eifer am Börsengeschäft beteiligt. Diese Hausse war in der Hauptsache von der berliner Spekulation ausgegangen; in der Provinz trat man angesichts des überwiegend ungünstigen Geschäftsganges in der Industrie den Kurserhöhungen mit Skepsis gegenüber. Während aber in den letzten Wochen die Kurse sich trotz der geringen Beteiligung noch gut zu behaupten vermochten, ist in den letzten Tagen eine etwas grössere Abschwächung eingetreten. Es gewinnt den Anschein, dass noch frühere Hausspositionen zur Lösung gelangt sind. Man sprach von Glattstellungen für Rechnung eines Spekulanten, der durch Selbstmord geendet hat, und wenn das Gerücht, dass im Zusammenhang hiermit Angebot an den Markt gekommen sei, auch vielfach bestritten wurde, so sind doch vielleicht andere Positionen nicht ganz freiwillig gelöst worden. Die Börse befindet sich im Zustande der Rekonvaleszenz nach den erheblichen Rückgängen des letzten Jahres. Aber auch in solchen Zeiten pflegen immer wieder die Nachwirkungen des Rückschlages das Kursgebäude zu erschüttern; sie üben wenigstens einige Tage lang einen ungünstigen Einfluss aus. Auch politische Sorgen hat man als Grund für die schwächere Tendenz angegeben. Es mag sein, dass der Artikel der Köln. Zeitung, in dem die Rüstungen Russlands in scharfer Form erörtert wurden, hier und da Angebot in Wertpapieren an den Markt gebracht hat. Von ernsten Befürchtungen kann jedoch, wenigstens soweit die Börsenkreise in Betracht kommen, zurzeit nicht die Rede sein. Eine gewisse Rolle spielt gegenwärtig auch die Veröffentlichung der Abschlüsse. Zwar sind grössere Enttäuschungen bisher nicht eingetreten; andererseits hat sich in verschiedenen Fällen ergeben, dass die weitgehenden Erwartungen, die gelegentlich der Kurssteigerung im Januar und Februar aufgetreten waren, sich nicht erfüllten. Soweit die Gesellschaften einen Mehrgewinn erzielt haben, sind sie mit Recht bestrebt, ihn in Reserve zu stellen. Enttäuschend wirkte nur die Mitteilung der Katto-

witzer Bergbau-Gesellschaft, dass für das am 31. März ablaufende Geschäftsjahr eine Reduktion der Dividende von 15 auf 13 % erfolgen soll. Die widersprechendsten Angaben waren an den Tagen zuvor über dieses Unternehmen verbreitet worden. Noch gegen Anfang Februar wurde an der Börse sehr reges Interesse für die Aktien wachgerufen und besonders auf die grossen Gewinne hingewiesen, die infolge der starken Nachfrage Rußlands für oberschlesische Kohlen der Gesellschaft zufliessen müssten. Dieser Hinweis hatte eine gewisse Berechtigung, doch vergass die Börse andererseits, dass die Gesellschaft in den Monaten April und Mai 1913 durch den oberschlesischen Streik geschädigt worden ist. Die Verwaltung hätte damals schon, als der Kurs eine grössere Steigerung erfuhr, den übertriebenen Erwartungen entgegentreten sollen. Da dies nicht geschah, wurde es anscheinend informierten Kreisen möglich, sich ihres Aktienbesitzes zu den höheren Kursen zu entledigen. Da der Abschluss noch nicht vorliegt, so lässt sich noch nicht beurteilen, ob wirklich nur die ungünstigere Konjunktur und der Streik den Rückgang der Dividende veranlasst haben, oder ob die Entwicklung der Preussengrube, die die Gesellschaft nunmehr vollständig übernommen hat, nachdem sie bisher nur durch grossen Aktienbesitz interessiert war, enttäuscht hat. Auch verlautete kürzlich, dass eine grössere Betriebserweiterung auf der neuen Preussen-Grube vorgenommen werden soll. Es ist aber bisher nicht bekannt geworden, welche Geldmittel hierzu erforderlich sind, und welchen Zweck diese Erweiterungen haben. Es ist leicht möglich, dass die flüssigen Mittel der Kattowitzer Gesellschaft durch diese Pläne absorbiert werden und sich die Verwaltung daher Beschränkung bei der Verteilung der Dividende auferlegen will. Auffallend ist jedenfalls, dass die Preussengrube im letzten Geschäftsjahre einen noch etwas geringeren Gewinn erzielte als im Jahre zuvor, während nach den früheren Angaben der Verwaltung bereits mit einem verteilbaren Ueberschuss gerechnet werden musste. Die Beteiligung der Preussengrube, die von dem Aufsichtratsvorsitzenden der Kattowitzer Gesellschaft, dem Grafen Thiele-Winkler, übernommen wurde, ist seinerzeit scharf kritisiert worden.

* * *

Den Semestralabschluss der Phönix-Gesellschaft hat die Börse mit grosser Ruhe entgegengenommen. Er bietet auch keinen Anlass zu einer besonderen Ueberraschung. Bereits für den Monat Juni 1913 war von einem Rückgang des Gewinnes um ca. 600 000 ℳ berichtet worden. Inzwischen sind die Preise einiger Fertigfabrikate der Eisenindustrie weiter gesunken; andererseits hat der Phönix jedoch wohl gewisse Produktionsvorteile erzielt, und dazu kommt vor allem, dass er in der letzten Bilanz auf seine Bestände grosse Abschreibungen vorgenommen hat, die dem Gewinn im ersten Semester des laufenden Jahres wohl zugute kommen. Der Gewinnrückgang um 3,6 Mill. ℳ entspricht also, auf die sechs Monate berechnet, genau dem Rückgang des Monats Juli. Aus dem von der Verwaltung veröffentlichten Communiqué geht jedoch nicht mit Sicherheit hervor, ob die Abschreibungen auf die Bestände bereits berücksichtigt worden sind oder nicht. Ist mit ihrer Hilfe der Gewinn vergrössert worden, so müsste man für das zweite Semester mit einem noch etwas stärkeren Rückgang rechnen, falls nicht inzwischen eine Preisbesserung erzielt werden kann. Die Gesellschaft selbst hat auch darauf hingewiesen, dass aus anderen Gründen eine weitere Gewinnschmälerung zu erwarten ist. Im ersten Halbjahr haben nämlich die Bergwerke einen Mehrgewinn erzielt; in diesem Jahre sind jedoch die Preise für Kohle und Koks herabgesetzt worden. Auch hat sich in den letzten Monaten trotz gleichbleibender Preise eine Abnahme der Beschäftigung in einzelnen Fabrikaten ergeben, so dass vereinzelt Feierschichten eingelegt wurden. Rechnet man für das zweite Semester nur mit einer gleich grossen Reduktion wie im ersten Halbjahr, so würde das laufende Geschäftsjahr noch einen um ca. 2,8 Mill. ℳ geringeren Betriebsgewinn erbringen als das Jahr 1911/12. Geht die Gesellschaft mit ihren Abschreibungen und Reservestellungen über das damalige Mass nicht hinaus — so grosse Rückstellungen wie pro 1912/13 dürften in den Zeiten eines wirtschaftlichen Rückganges nicht vorgenommen werden —, so würde der Gewinnrückgang etwa einer Dividendenermässigung um 3 %, also auf 15 %, entsprechen. Dass derartige Berechnungen keinen Anspruch auf Genauigkeit machen können, weil erhebliche Preisschwankungen am Eisenmarkte nach der einen oder anderen Richtung hin bis zum Ablauf des Geschäftsjahres eintreten, braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden.

* * *

Einen grösseren Kursrückgang erlitten an einigen Tagen die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken. Es war über den Inhalt des Geschäftsberichts an der Börse schon etwas durchgesickert. Während dieser Bericht erst am Dienstag abend der Presse übersandt wurde, war bereits am Montag an der Börse bekannt, dass das Bankguthaben eine erhebliche Ermässigung aufweisen werde. Tatsächlich besitzt die Gesellschaft ein solches Guthaben von ca. 9¼ Mill. ℳ gegen ca. 22 Mill. ℳ im Vorjahre. Sie begründet dies mit den Ausgaben für Neu- und Umbauten, hauptsächlich aber damit, dass die Zahlungen mehrerer ausländischer Staaten ausgeblieben sind. Schon vor längerer Zeit verlautete, dass die Türkei und Mexiko mit ihren Zahlungen im Rückstande sind; es lässt sich denken, dass bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in beiden Ländern die Regierungen ihren Verpflichtungen nicht prompt nachkommen. Der Direktion ist diese Verlangsamung der Zahlungweise gewiss sehr willkommen gewesen; sie braucht infolgedessen ihre Dividende nicht zu erhöhen und kann es in der Generalversammlung verantworten, dass die von den Aktionären so lange erwartete Ausgabe neuer Aktien zum Parikurse unterbleibt. Sieht man sich den Ab-

schluss etwas genauer an, so findet man jedoch, dass die Gesellschaft ein sehr befriedigendes Ergebnis erzielt hat. Nach Abzug der Bankguthaben sind die Debitoren von 11,69 auf 18,62 Mill. ℳ gestiegen, die Warenbestände von 4,685 auf 13,34 Mill. ℳ. Diese erhebliche Steigerung begründet die Gesellschaft damit, dass infolge der schleppenden Zahlungeingänge jener ausländischer Staaten die Ablieferungen zurückgehalten wurden. Bei den bekannten soliden Geschäftsprinzipien der Deutschen Waffenfabriken wird man nicht annehmen können, dass der Gewinn auf diese fest verkauften Waren bereits abgerechnet wurde. Wenn also trotz der erheblichen, noch nicht verrechneten Summe der Fabrikationsüberschuss um rund eine halbe Million Mark höher ist als der vorjährige, so kann man hiernach vermuten, was die Gesellschaft verdient haben würde, wenn sie nicht einen so grossen Teil von Waren zurückbehalten hätte. Dass der Gewinn weit mehr gestiegen ist, als im Bericht angegeben wird, geht noch aus folgendem hervor: Das Grundstücks- und Gebäudekonto ist für die Neubauten in Wittenau um 3,64 Mill. ℳ erhöht worden. Daraus, sowie namentlich aus der erheblichen Zunahme der durchschnittlichen Arbeiterziffer ergibt sich, dass die Gesellschaft das neue Gebäude im letzten Geschäftsjahre in Betrieb genommen hat. Es musste daher naturgemäss auch der Bestand an Maschinen und Werkzeugen erheblich vermehrt werden. Das Maschinenkonto steht aber unverändert mit einer Mark zu Buche; die Kosten der Neuanschaffungen sind also wieder aus dem Gewinn von vornherein entnommen worden. Demnach muss also der tatsächliche Fabrikationsüberschuss erheblich grösser gewesen sein; selbst unter der Voraussetzung, dass nicht alle neu installierten Maschinen im letzten Jahre, sondern teilweise bereits im Jahre vorher angeschafft worden sind. Der Geschäftsbericht legt demnach von der weiteren Entwicklung des Unternehmens Zeugnis ab, und zu einer pessimistischen Betrachtung liegt für die Aktionäre sicherlich kein Anlass vor, wenn sie auch zunächst in ihren Erwartungen auf die Kapitalserhöhung enttäuscht worden sind.

Bruno Buchwald.

Umschau.

Oderschiffahrt und oberschlesische Eisenindustrie. Man schreibt mir: „Die berechtigten Klagen der Eisenindustriellen in Oberschlesien über die Absperrung nach Russland einerseits und über die ungünstigen Verkehrsverhältnisse — lange Wege — für den Bezug von Erzen sowie für den Verkauf der Erzeugnisse andererseits werden, wenigstens hinsichtlich der letztgenannten Beziehungen, eine Besserung im laufenden Jahre erfahren. Zwar hat die Oder in den letzten Jahren schon einen stark steigenden Schiffsverkehr aufgenommen, immerhin versagte er aber bei niedrigem Wasserstande, bei Hochwasser wegen zu geringer Brückenhöhen, der Ladeeinrichtungen usw. und schliesslich wegen der mangelhaften Leistungen der Schleusen. Inzwischen hat die Regierung in anerkennenswerter Weise Mittel zur Abhilfe der Uebelstände bereitgestellt und zweckmässige Verbesserungen und Anlagen geschaffen, die alsbald zu fast voller Wirkung gelangen werden. Die Regulierung der Oder unterhalb Breslau hat nennenswerte Fortschritte gemacht, wenngleich gerade hier noch mancherlei zu tun übrig bleibt; es darf nur an die Brückenverhältnisse bei Glogau und den Ausbau des Umgehungs-Kanals bei Breslau erinnert werden. Erheblich dagegen ist die Leistung der Oder von Breslau bis zur Neissemündung verbessert worden, und die Schleusen für Schleppzüge werden dem Verkehr in diesem Jahre ein ganz anderes Gepräge geben: „glatte Abwicklung“, die bisher vollständig fehlte. Wird eine solche selbst bei nur mässigem Wasserstande erfolgen können, so wird das Gespenst des Wassermangels auf dieser Strecke in wenigen Jahren durch den Ausbau der Talsperre bei Ottmachau, die ein mächtiges Wasserreservoir darstellt, fast auf immer beseitigt werden. Auch im Oberlaufe der Oder sind neben der Verbesserung der Hafen- und Löscheinrichtungen ein neuer Hafen in Oppeln, verschiedene Schleusen für grössere Leistung und ebenfalls solche für Schleppzüge ausgebaut worden. Schon im abgelaufenen Jahre hatte sich diese grosse Leistung sehr nützlich erwiesen, um die überaus starken Kohlenmengen zu bewältigen, die die oberschlesischen Bergwerke zu liefern hatten. Diese sowie die Reedereien zeigten sich diesen verstärkten Ansprüchen bestens gewachsen, sodass der sonst eintretende Wagenmangel diesmal der Eisenbahnverwaltung und der Industrie erspart blieb. Auch die niederschlesischen Gruben erhalten bei Maltsch eine leistungfähige Umschlag-Einrichtung. Mit dem geschilderten Stande und dem weiteren Ausbau der Oder-Wasserstrasse ist nun die oberschlesische Berg- und Hüttenindustrie tarifarisch dem Weltverkehr näher gerückt, und besonders die Eisenindustrie — die grobe wie auch die Verfeinerungs-Industrie — hat es vermöge der guten, nicht zu teueren Kohlen und der reichlich vorhandenen Arbeitkräfte verstanden, sich auf eine Höhe zu arbeiten, wirtschaftlich wie technisch, die in keinem Verhältnis zu den Klagen steht und die von unberufenen Vertretern der Industrie häufig vorgebracht oder angewendet werden, um die Kurse der betr. Papiere zu stürzen und sie nachher zu billigem Preise an sich zu bringen. So wurde erst kürzlich eine augenblickliche Geschäftsstockung von einigen „Informierten“ dazu benutzt, um ein in bekannter technischer Entwicklung stehendes vielseitiges Werk als notleidend hinzustellen und einen rapiden Kurssturz in dessen Werten hervorzubringen. Wenngleich dies jetzt sprungweise wieder ausgeglichen wird, so haben doch die reingefallenen Aktionäre durch dieses übrigens beliebte Manöver empfindlichen Schaden. Die zukünftigen Aussichten der oberschlesischen Industrie sind also durchaus gesund, und wenn nur die einzelnen Gesellschaften sich nicht selbst zerfleischen, indem sie sich gegenseitig ihre Spezialitäten streitig machen und verderblichen Wettbewerb treiben, was nicht zu erwarten ist, so kann die dortige Eisenindustrie ruhig der westfälischen Konkurrenz entgegensehen, zumal auch der Erzmangel durch billige Rückfracht, aus Kohlenbeförderung zu Tal, durch schwedische Erze und die überreichen Alteisenmengen von Branden-

burg, Posen und Schlesien, die bergwärts gehen, gemildert wird. Nirgends sind Erze, Kohlen und Arbeitkräfte qualitativ und quantitativ so beieinander, dass die Konkurrenzfähigkeit der Eisenerzeugung eine überragende wäre; hinzu kommt, dass die oberschlesische Veredlungindustrie eine immer wichtigere Rolle spielt. Hier helfen wiederum die beiden Faktoren billige Arbeiter und Kohlen für Krafterzeugung, sei es direkt oder durch gut geleitete elektrische Zentralen. Schliesslich mag noch ein Blick auf den gefürchteten Ausbau des Mittellandkanals geworfen werden; hier werden sich Schaden und Nutzen zum mindesten ausgleichen, denn wenn auch die westfälischen Eisenerzeugnisse etwas weiter östlich vordringen, so wird dies nicht minder mit den schlesischen Kohlen und manchen Eisenerzeugnissen nach Westen hin der Fall sein mit der weiteren Wirkung, dass Siegerländer Erze, die schon jetzt in billigen Sonderzügen nach Schlesien gehen, die noch billigere Wasser-Rückfracht wählen werden."

Unrichtige Angaben beim Kuxenverkauf. Herr Referendar Paul Kempner-Berlin schreibt: „Als Leser des „Plutus" möchte ich Sie auf eine neue Gerichtsentscheidung hinweisen, die geeignet sein dürfte, kaufmännische Kreise zu beschäftigen. Die Entscheidung (des Oberlandesgerichts Braunschweig) ist abgedruckt in der soeben erschienenen Nummer des noch nicht vollständigen 28. Bandes der bekannten Sammlung „Rechtsprechung der Oberlandesgerichte" Seite 126 ff. Sie betrifft den Fall, dass der Käufer von Kuxen den Kauf wandelt (rückgängig macht), weil folgende Aeusserungen des Verkäufers bei Abschluss des Kaufs nicht zutreffend waren: „die Sache wäre ganz grossartig; es wäre viel Geld zu verdienen; die Kohle wäre vorzüglich und läge im Tagebau dicht unter der Erde; der Absatz wäre grossartig; Zubussen seien so gut wie ausgeschlossen". Das Gericht erklärt die Rückgängigmachung des Kaufs für begründet, indem es ausführt, dass zwar die Angaben des Verkäufers, die Sache sei grossartig, es sei viel Geld daran zu verdienen, wegen ihrer Allgemeinheit unverbindlich wären, dass dagegen die Angaben, der Absatz sei grossartig und die Kohle sei vorzüglich und dicht unter dem Erdboden gelegen, eine Haftung des Verkäufers nach Gewährschaftrecht begründeten, weil der Absatz nicht grossartig, die Kohle nicht dicht unter der Erde und nicht vorzüglich sei. Das Gericht erachtet jede einzelne der letzteren Angaben für geeignet, den Käufer zur Aufhebung des Kaufes im Fall der Unrichtigkeit zu berechtigen. Die Entscheidung wäre nun nicht so bemerkenswert, wenn sie nicht im bewussten Hinausgehen über die bisherige überwiegende Rechtsprechung des Reichsgerichts von dem Erfordernis der Arglist absähe. Während bisher eine derartige Rückgängigmachung des Kaufs nur durchdrang, wenn der Verkäufer solche Angaben in arglistiger Absicht gemacht hatte und der Käufer ihm das nachweisen konnte, stellt das Gericht jetzt den Fall unter das Gewährschaftrecht und behandelt die genannten Angaben über den Absatz (er sei grossartig), über die Kohle (sie sei vorzüglich) usw. jede für sich als „Zusicherung" im Sinne der §§ 459 ff. BGB., wonach die Rückgängigmachung auch gefordert werden kann, wenn der Verkäufer die Angaben gutgläubig gemacht hat, z. B. auf Grund eines ihm von dritter Seite zugegangenen optimistischen Berichts und dergleichen. Ganz einfach, weil der Verkäufer solche Angaben macht, haftet er für deren Richtigkeit. Auf Arglist kommt es nicht mehr an. Die Entscheidung besitzt demnach grosse prinzipielle Bedeutung, was dem Gericht auch bewusst war, wie die eingehende Auseinandersetzung mit der bisherigen Rechtsprechung ergibt, welche wir in dem Urteil finden. Im ganzen dürfte es geeignet sein, die solide Geschäftsgebarung beim Verkauf von Aktien und Kuxen zu fördern und Zurückhaltung in den Angaben von Tatsachen wie „der Absatz sei grossartig", „das Vorkommen des betreffenden Rohprodukts sei vorzüglich", den Verkäufern anzuempfehlen. Andererseits aber wird die Entscheidung vermutlich viele Käufer zweifelhafter Werte geneigt machen, Käufe anzufechten, die sie geschlossen haben, ohne derartigen Angaben, wie sie namentlich im Verkehr mit ungebildeter, von sogenannten Tatsachen und technischen Einzelheiten gern geblendeter Provinzkundschaft üblich sind, besonders grosses Gewicht beizumessen."

Russische Bahnen. Herr F. W. G. Clausen-Nürnberg schreibt: „Die Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft bringen in ihrer Nummer 16 als Beilage ein Referat über den „Ausbau des Eisenbahnnetzes in Russland". Es handelt sich um riesenhafte Projekte; insgesamt sollen rund 20 000 Werst (etwa 21 340 km) Schienenlänge neu gebaut werden, das wären etwa 30% der heutigen Schienenlänge. Da sich die Kosten von je 100 Werst auf voraussichtlich ca. 5 000 000 Rubel stellen werden, so wäre das eine Kapitalinvestierung von rund einer Milliarde Rubel oder ca. 2 160 Mill. *M*. Das ist ein Bedarf an Geld und Material, den Russland selbst natürlich niemals decken kann. Da aber ein grosser Teil dieser Bahnen bereits staatlich genehmigt ist und die weiteren Strecken wohl zum grössten Teil noch genehmigt werden dürften, so verdienen diese Projekte ein allgemeines wirtschaftliches Interesse. Abgesehen davon, dass einige Bahnstrecken ein militärisches Interesse haben, wie z. B. in Finnland und die Verbindung des Schwarzen Meeres mit der ostasiatischen Strecke, so ist der springende Punkt doch vor allem die Aufschliessung des inneren Russlands und die Verbindung desselben mit den grossen Schiffahrtsgebieten im Westen, Norden, Osten und Süden. Es soll hier nicht darüber gesprochen werden, ob die Form der Staatsbahn derjenigen der Privatbahn vorgezogen werden kann, sondern welche wirtschaftlichen Gesichtspunkte für Deutschland bei einer ausgedehnten systematischen Erschliessung des Inneren von Russland besonders hervortreten. Die russischen Eisenbahnen erfreuen sich im Durchschnitt einer guten Rentabilität, und bei grossen Getreideernten fehlt es vor allem im Süden nicht selten an genügendem rollenden Material, so dass andere Güter wie Getreide oft lange liegen bleiben. Die Ausfuhr von Getreide ist ein ganz besonderer Faktor für das russische Eisenbahnwesen. Durch die projektierten Bahnen wird die Möglichkeit der Getreidezufuhr bedeutend erhöht. Aber es ist ganz besonders interessant, dass bei den neuen Projekten gerade die Erschliessung der grossen Bergbaugebiete Sibiriens, des Südens, des Urals und Kaukasus eine bedeutende Rolle spielen wird. Wenn es für das

innere Russland wichtig ist, dass getreidereiche Gegenden mit getreidearmen durch Eisenbahnen verbunden werden, so ist es für uns wichtig, mit den grossen Gebieten des russischen Bergbaues in möglichst kurze Verbindung zu kommen. Wenn vorerst die wertvolleren Metalle (Gold, Platin), für Deutschland besonderes Interesse haben, so dürften später auch Eisenerze mehr und mehr interessieren, sind doch die betreffenden Ursprungsgebiete verhältnismässig noch recht wenig ausgebeutet. Es ist nicht möglich, in kurzer Abhandlung die verschiedenen Punkte einzeln und ausführlich zu behandeln, die in Frage kommen, wenn das innere Russland allein schon durch die projektierten Bahnen erschlossen wird, aber schon aus obigen kurzen Angaben ersehen wir, für welch' enorme industrielle Betätigung Russland Raum findet und welche grossen Exportmöglichkeiten neben den landwirtschaftlichen Produkten die Mineralschätze Russlands bieten. Wenn Russlands Ausfuhr heute etwa 1,5 Milliarden Rubel beträgt und die Einfuhr etwa eine Milliarde, so besteht Aussicht, dass die Ausfuhrwerte im Verhältnis noch mehr steigen werden, wenn günstigere Bahnverbindungen mit den Seeplätzen und den Landesgrenzen vorhanden sind. Das ist entschieden ein sehr günstiges Moment für die russischen Finanzverhältnisse: die Handelsbilanz würde dadurch wohl noch bedeutend mehr aktiv als bisher. Russland würde an uns Rohprodukte oder Halbfabrikate liefern, die in verarbeitetem Zustande grösstenteils wieder nach dort zurückkehren würden, daraus könnte vor allem unsere schlesische Schwerindustrie grossen Nutzen ziehen. Die geographische Lage bedingt, dass wir nach wie vor Russlands grösster Kunde und Lieferant sind. Mit der zunehmenden Kreditsicherheit würden sich immer neue Exportchancen für uns bieten und ein immer enger werdender wirtschaftlicher Zusammenschluss wäre die Folge. Es muss hier unbedingt erwähnt werden, dass England seit Jahren erfolgreich und sozusagen systematisch Russland als Kunden zu gewinnen sucht. Englisches Kapital hat schon verschiedentlich im russischen Bergbau Eingang gefunden, so dass geraten sein dürfte, scharf aufzupassen, damit uns nicht wesentliche Geschäftschancen verloren gehen. Allerdings ist Russland wohl nicht ganz mit Unrecht dem Koloss mit tönernen Füssen zu vergleichen, solange die innerpolitischen Verhältnisse so wenig geklärt und zufriedenstellend sind. Aber gerade Eisenbahnbauten bringen doch Zivilisation in das Volk und lassen den Sinn für höhere Ziele auch in den unteren Volksschichten aufblühen. Da, wo heute einige wenige jüdische Händler mit Wagen oder Schlitten hinkommen, um Getreide oder Vieh zu handeln, wird die Bahn hunderte hinbringen. So manches grosse unbebaute Terrain wird urbar gemacht werden, weil sich der Getreidebau infolge guten Absatzes nach ferner gelegenen Distrikten verlohnt. Kaufleute und Techniker werden in Gegenden kommen, wo der Pope und Lehrer bisher der einzige war, der richtig lesen und schreiben konnte. Das Verständnis für soziale Fragen wird mehr und mehr auch dem einfachsten Manne aufdämmern und der Russe wird mit mehr Verständnis in seine Duma wählen. Es liegt doch im Charakter des Russen, sich, wenn auch langsam, so doch mit äusserer Ruhe an neue Verhältnisse zu gewöhnen. Die verschiedenen sich nicht immer sympathisch einander gegenüberstehenden Volksstämme kommen sich näher und vermischen sich mehr und mehr, das Selbstbewusstsein erstarkt dadurch, und Russland wird wirklich ein zivilisiertes Land, eine Nation. Für uns Deutsche, als Kunden und Lieferanten des Russen, sind das unbedingt sehr wesentliche Momente, und es ist wohl nicht zuviel behauptet, wenn wir annehmen, dass durch die Ausführung der projektierten Eisenbahnen für uns ein Exportgebiet aufgeschlossen wird, das sehr in die Wagschale fällt für die Erhaltung und Ausdehnung unserer Stellung am Weltmarkte."

Gedanken über den Geldmarkt.

Der Monatsschluss hat an dem ruhigen Gang der monetären Ereignisse nichts geändert. Im Mittelpunkt des Interesses steht weiter die Goldbewegung in London. Dort ist das ankommende Produktionsgold noch genau so heiss umstritten wie vorher, und es gelangt nichts in die englischen Keller, da der Kontinent weiter erheblich über den Standardpreis der Bank of England anlegt und, was von den europäischen Reflektanten nicht absorbiert wird, für die Zwecke Indiens reserviert bleiben muss. Trotzdem war in der verflossenen Woche die Position des englischen Zentralinstituts insofern etwas günstiger, als seine eigenen Bestände gegen Zugriffe von aussen her wenigstens im grossen und ganzen verschont blieben. Namentlich sind die südamerikanischen Ansprüche, die sich in der Vorwoche so unangenehm bemerkbar machten, nicht wiedergekehrt.

Im offenen Markte waren die Sätze ziemlich stabil, der Privatdiskont bewegte sich zwischen $2^3/_8$ und $2^1/_2$ % und tägliches Geld blieb ca. 2 %. Der Markt ist im allgemeinen recht flüssig, und auch der reguläre Geldbedarf zum Ultimo vermochte keine Aenderung herbeizuführen. Selbst die Steuereinzahlungen, die jetzt offenbar in recht kräftigem Umfange zur Einziehung gelangen, scheinen in diesem Jahre nicht den gewohnten Eindruck zu machen. Wie man aus dem letzten Bankausweise ersieht, werden die Beträge in der Hauptsache aus den grossen Privatguthaben des Marktes gezahlt und Kredite bei der Bank von England für diese Zwecke nur in sehr mässigem Umfange in Anspruch genommen. Die staatlichen Guthaben zeigen in diesem Ausweise ein Plus von 3,40 Millionen, das vor allem aus Steuereingängen resultieren dürfte, dagegen findet sich aber nur eine Zunahme des Portefeuilles um 0,85 Millionen, während die Privatguthaben etwa $2^1/_2$ Millionen Abnahme aufweisen. Der Markt hat also die Steuereinzahlungen bisher zum grossen Teil aus seinen Reserven geleistet und so erklärt sich auch, dass diese Regulierungen bisher nicht in der Lage waren, die Zinssätze im offenen Markt zu versteifen. Freilich ist im Laufe des März noch mit weiteren Aufwendungen für diese Zwecke zu rechnen.

Die deutsche Reichsbank brachte per 23. Februar einen Ausweis, der nach der vorherigen Entwicklung an sich nichts Ueberraschendes ergab, wohl aber insofern bemerkenswert ist, als er den seltenen Fall einer Ueberdeckung des Notenumlaufs durch Metall und Reichskassen-

Plutus-Merktafel.

Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

Tag	Ereignisse
Freitag, 6. März $5^{3}/_{4}$—$5^{7}/_{8}$%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — *Februar-Ausweis Lübeck-Büchener Eisenbahn.* — *G.-V.:* Terrain-Ges. Gross-Lichterfelde, Braunschweigische Bank u. Creditanstalt, Potsdamer Credit-Bank, Erste Deutsche Fein-Jute-Garnspinnerei, Ratzeburger Kleinbahn.
Sonnabend, 7. März $5^{7}/_{8}$—6%	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Allgemeine Berliner Omnibus-Ges., Herforder Diskontobank, Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Ges., Julius Berger Tiefbau-Ges., Polyphon-Musikwerke Wahren-Leipzig, Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei Bayreuth, Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik Pittler, Gerresheimer Glashüttenwerke vorm. Heye, Terrain-Akt.-Ges. Kleinburg, Greppiner Werke, Hoffmanns Stärkefabriken, Zwirnerei u. Nähfadenfabrik Göggingen. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Gebr. Lederer.
Sonntag, 8. März.	Leipziger Credit-Bank.
Montag, 9. März $5^{3}/_{4}$—$5^{7}/_{8}$%	Essener Börse. — *G.-V.:* Sächsische Bank, Badische Bank, Elberfelder Bankverein, Rheinische Schuckert-Ges., Oberschlesische Portland-Cement- und Kalkwerke Gross-Strehlitz, Coburg-Gothaische Credit-Ges., Brandenburgische Städtebahn, Silesia Neue Oppelner Portland-Cementfabrik, Norddeutsche Lagerhaus-Gesellschaft i. Liq.
Dienstag, 10. März $5^{7}/_{8}$—6%	Düsseldorfer Börse. — *Reichsbankausweis.* — *G.-V.:* Westdeutsche Bodencreditanstalt, Berliner Viehcommissions- u. Wechselbank, Frerichs & Co. Akt.-Ges., Geraer Jutespinnerei u. Weberei, Kölnische Baumwollspinnerei und Weberei, Lugauer Kammgarnspinnerei, Saccharinfabrik Fahlberg List, Steinkohlenbau-Verein Gottes Segen Lugau, Portland-Cementfabrik Stadt Oppeln, Tramways Mülhauser, Carl Ernst & Co. Akt.-Ges. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg.
Mittwoch, 11. März $5^{7}/_{8}$—6%	Essener Börse. — *G.-V.:* Magdeburger Bergwerks-Akt.-Ges., Braunschweiger Privatbank, Rostocker Bank, Banque de Mulhouse, Nähfadenfabrik Schürer, Neue Dampfercompagnie Kiel, Porzellanfabrik Schönwald.
Donnerstag, 12. März 6%	Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Deutsche Nationalbank Bremen, Glas- und Spiegel-Manufaktur Gelsenkirchen-Schalke, Chemische Fabrik Helfenberg, Deutsche Petroleum-Akt.-Ges., Birkenwerder Akt.-Ges. f. Baumaterial i. L., Hallesche Pfännerschaft, Rhederei-Akt.-Ges. 1896.
Freitag, 13. März 6%	Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. — *Deutsche Branntwein- und Zuckerstatistik.* — *Dekadenausweis Luxemburgische Prinz-Heinrich-Bahn.* — *G.-V.:* Schimischower Portland-Cementfabrik, Porzellanfabrik Kahla, Hallesche Maschinenfabrik und Eisengiesserei, Barmer Creditbank, Westdeutsche Jutespinnerei.
Sonnabend, 14. März 6%	Bankausweis New York. — *G.-V.:* Rheinisch-Westfälische Diskonto-Ges., Norddeutsche Grundcreditbank, Mecklenburgische Hypotheken- und Wechselbank, Berliner Hypothekenbank, Oberschlesischer Creditverein Ratibor, Vereinsbank Hamburg, Schleswig-Holsteinische Bank, Oldenburgische Landesbank, Deutsch-Ostafrika-Linie, Delmenhorster Linoleum-Werke (Anker), Zwickauer Kammgarnspinnerei, Baumwollspinnerei Zwickau, Niederrheinische Akt.-Ges. f. Lederfabrikation Spier, Hallesche Kaliwerke, Creditverein Neviges, Rostocker Strassenbahn, Anhaltische Kohlenwerke. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Altonaer Hochseefischerei.
	Ausserdem zu achten auf: Geschäftsbericht Consolidation, Gelsenkirchen, Oesterr. Montangesellschaften und Banken. Zulassunganträge (in Mill. ℳ): Leipzig: 202 $4^{1}/_{2}$% Goldanleihe des Königreichs Rumänien. Frankfurt a. M.: 10 5% Hyp.-Obl. Russische Zellstoffabrik Waldhof, 10 5% Obl. Elektrizitäts-Lieferungs-Ges. Verlosungen: 10. März: 2% Freiburger Staatsbank 100 Frcs. (1895). 14. März: $2^{1}/_{2}$% Griechische Nationalbank Prämien-Anl. (1912), 5% Russische 100 Rbl. (1866). 15. März: 2% Brüsseler 100 Frcs. (1905), 3% Crédit foncier Egyptien (1886, 1903, 1911), Freiburger 10 Frcs. (1877), Holländische 15 Gld. (1904), 2% Lütticher 100 Frcs. (1905), 4% Pariser 500 Frcs. (1865), 5% Suez-Canal 500 Frcs. (1868).

[1]) Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.

scheinen erbrachte. Es waren 1,735 Milliarden Noten im Umlauf, während der Metallbestand, Reichskassenscheine usw. 1,776 Milliarden betrug. Das Deckungverhältnis ist hier also ca. $100^{1}/_{2}$%. Am reinen Goldbestand von 1,357 Millionen gemessen, hat aber das Verhältnis noch immer die stattliche Höhe von 77,06%, eine Ziffer, wie sie in der Geschichte der Reichsbank kaum je zu verzeichnen war. Es ist interessant, die diesbezügliche Gegenüberstellung der entsprechenden Ziffern der Bank von Frankreich zu machen, da sich die bemerkenswerte Tatsache ergibt, dass die Golddeckung zurzeit in Deutschland ganz wesentlich höher ist. Die Bank von Frankreich zeigt im letzten Ausweis einen Goldbestand von 3,598 Milliarden bei einem Notenumlauf von 5,763 Milliarden. Das Deckungverhältnis stellt sich hier auf ca. $62^{1}/_{2}$%. Rechnet man dieses Verhältnis unter Hinzunahme des Silberbestandes, so ergibt sich eine Deckung von ca. 73,65%, im Vergleich zur deutschen Reichsbank also wesentlich niedrigere Ziffern, mithin ein Resultat, das man noch bis vor kurzer Zeit schwerlich für möglich gehalten hätte.

Sonst gibt der Bankausweis zu speziellen Bemerkungen keinen Anlass. Eine besonders starke Position sind die Depositen, die zurzeit über eine Milliarde betragen. Wie wir aber schon neulich ausführten, ist diesem Posten keine symptomatische Bedeutung für die Marktlage beizumessen, da seine Höhe zum grossen Teil durch die Zunahme der Guthaben des preussischen Staates, die sich aus den Eingängen der Preussenschatzemission vermehrt haben, veranlasst sein dürfte. Aus den Ziffern des Ausweises die Notwendigkeit einer Diskontoermässigung herzuleiten, besteht auch weiter keine Veranlassung.

Im freien Markt hat sich der Privatdiskont etwas versteift, da die Banken im Hinblick auf den kommenden Quartalsschluss bereits angefangen haben, gegen ein zu starkes Anschwellen der Portefeuilles Massnahmen zu treffen und auch ferner die jetzt in der Hauptsache angebotenen Sichten, die etwa in der Mitte des nächsten Quartals verfallen, wenig beliebt sind. Der Devisenmarkt hat sich weiter verflaut. Einesteils wird die Neigung zu Neu-Anlagen im Auslande zurzeit geringer, während andererseits zur Stärkung der Kassen an der Monatswende vielfach fremde Guthaben realisiert wurden. Am meisten gedrückt war Scheck Paris und Zahlung Petersburg, letzterer auf Abdeckung am Ultimo ablaufender deutscher Darlehen. Im neuen Monat ist inzwischen wieder eine mässige Erholung der Kurse eingetreten. Justus.

Warenmarktpreise im Februar 1914.

	2.	9.	16.	23.	27.	
Weizen New York	$101\frac{1}{2}$	102	103	—	103	cts. per bushel
Weizen Berlin	198	$199\frac{1}{4}$	199	$200\frac{1}{2}$	$202\frac{3}{4}$	M. per Tonne
Mais Chicago	$66\frac{5}{8}$	$65\frac{3}{8}$	$65\frac{5}{8}$	—	$67\frac{1}{4}$	cts. per bushel
Mais Berlin	141,50	144,75	142,50	141,50	143,—	M. per Tonne
Roggen Berlin	160	$160\frac{3}{4}$	$158\frac{3}{4}$	$160\frac{1}{4}$	$160\frac{3}{4}$	M. per Tonne
Hafer Berlin	155,75	156,50	154,25	155,00	155,75	M. per Tonne
Mehl Berlin	19,95	19,95	19,70	19,85	20,—	M. per dz
Rüböl Berlin	65,3	66,1	66,1	66	66,1	M. per dz
Eisen Glasgow	51,4	51,6	$51/0\frac{1}{2}$	$50/6\frac{1}{2}$	$50/5\frac{1}{2}$	sh/d per ton
Silber London	$26\frac{11}{16}$	$26\frac{11}{16}$	$26\frac{1}{2}$	$26\frac{11}{16}$	$26\frac{9}{16}$	d per Unze
Kupfer London	$66\frac{5}{8}$	$64\frac{3}{4}$	$65\frac{7}{8}$	$64\frac{1}{2}$	$64\frac{3}{8}$	£ per ton
Zinn London	$187\frac{3}{4}$	$182\frac{3}{4}$	$183\frac{3}{4}$	$175\frac{1}{2}$	$174\frac{1}{4}$	£ per ton
Zink London	$21\frac{1}{2}$	$21\frac{9}{16}$	$21\frac{7}{16}$	$21\frac{1}{2}$	$21\frac{1}{2}$	£ per ton
Blei London	$20\frac{1}{2}$	20	$19\frac{7}{8}$	$19\frac{7}{8}$	$19\frac{3}{4}$	£ per ton
Baumwolle New York	12,75	12,55	12,90	—	13,05	cts. per amerik. Pfd.
Baumwolle Liverpool	6,70	6,55	6,71	6,70	6.68	cts. per engl. Pfd.
Baumwolle Bremen	$64\frac{1}{4}$	$63\frac{1}{2}$	64	64	$64\frac{1}{4}$	Pf. per $\frac{1}{2}$ kg
Wolle Antwerpen	6,30	$6,32\frac{1}{2}$	$6,37\frac{1}{2}$	—	6,45	Fr. per kg
Zucker Hamburg	9.25	9,35	9,35	9,35	$9,27\frac{1}{2}$	M. per 50 kg
Kaffee Hamburg	$50\frac{3}{4}$	$50\frac{1}{4}$	50	48	$48\frac{1}{2}$	Pf. per $\frac{1}{2}$ kg
Petroleum New York (Standard white)	8,75	8,75	8,75	8,75	8,75	cts. per Gallone
Salpeter Hamburg	$10,07\frac{1}{2}$	10,25	10,25	10,55	$10,52\frac{1}{2}$	M. per 50 kg
Schmalz Chicago	11,05	11,—	10,95	—	10,70	Doll. per 100 Pfd.

Antworten des Herausgebers.

Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

F. S. Anfrage: „Als langjähriger Abonnent Ihrer geschätzten Zeitschrift bitte ich Sie höflichst, mir über folgendes Aufklärung zu geben: 1) Eine hiesige Bank beabsichtigt, ihre kleinen Namensaktien von 200 *M* im Betrage von 10 000 *M* einzuziehen und dagegen 10 Inhaberaktien à 1000 *M* herauszugeben. — Gibt es eine gesetzliche Massnahme, um etwa widerspenstige Aktionäre zur Hergabe der kleinen Namensaktien zu zwingen? 2) Die Versteuerung der neuen Aktien dürfte nach meiner Ansicht nicht zu umgeben sein. 3) In der Bilanz des genannten Institutes wird seit Jahren neben dem Kontokorrent-Debitorenkonto ein Debitorenkonto geführt. Dieses Debitorenkonto stellt zum grössten Teil Grundstücke und Hypotheken dar. Ist eine derartige Bilanz zulässig? Nach meiner Ansicht müssten die Immobilien auf einem Immobilien- oder Gebäude-Konto verbucht und ausgewiesen werden und die Hypotheken wären unter der Rubrik „Hypotheken" aufzuführen."

Antwort: 1) Massgebend sind in der Frage der Umwandlung einer Aktienart die Bestimmungen des § 183 [2] HGB., welche lauten: „Im Gesellschaftvertrags kann bestimmt werden, dass auf Verlangen des Aktionäre die Umwandlung seiner auf Namen lautenden Aktie in eine Inhaberaktie oder umgekehrt stattzufinden hat." In seinem Kommentar zu dieser Gesetzesbestimmung spricht sich Staub dahin aus, dass der Vorstand einer Aktiengesellschaft nicht das Recht hat, eigenmächtig die Umwandlung und den Umtausch beispielsweise von Namens- in Inhaberaktien vorzunehmen. Es ist hierfür eine Abänderung des Gesellschaftvertrages erforderlich, die jedoch nur gültig ist, wenn sie unter der Zustimmung der davon betroffenen Aktionäre erfolgt ist. Staub fährt dann fort: „Werden diesen gesetzlichen Vorschriften entgegen Inhaberaktien statt Namensaktien oder Namensaktien statt Inhaberaktien ausgegeben, so ist weder Strafe noch Schadensersatzpflicht, noch Nichtigkeit bestimmt. Es ist anzunehmen, dass die Aktien gültig sind und Strafe nicht eintritt, Vorstand und Aufsichtrat aber nach §§ 241 und 249 HGB. (Verletzung der Sorgfalt des ordentlichen Kaufmanns) für etwaigen Schaden haften." Die Aktionäre haben also, falls sie der Vorstand (etwa durch Kraftloserklärung der Namensaktien und Zustellung der neuen Inhaberaktie) zum Umtausch zwingt, die Möglichkeit, ihn und den Aufsichtrat eventuell regresspflichtig zu machen. 2) Eine Verstempelung der neuen Aktienurkunden ist, entgegen Ihrer Ansicht, nicht vorzunehmen. Es liegen verschiedene Reichsgerichtsentscheidungen darüber vor, dass die Umwandlung von Namensaktien in Inhaberaktien und umgekehrt als stempelfreier Akt (auch natürlich in bezug auf Anschaffungsstempel) zu betrachten ist, weil keine Aenderung des Rechtsverhältnisses vorliegt. 3) Grundstücke und Hypotheken sind selbstverständlich im Interesse der Bilanzklarheit separat auszuweisen. Ihre Verbuchung unter Debitoren ist zweifellos eine grobe Unkorrektheit."

Plutus-Archiv.

Generalversammlungen.

(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen **sämtlicher** deutscher Aktiengesellschaften.)

Aachener Bank für Handel und Gewerbe, Aachen, 14. 3., 10. 3., 23. 2. ● Actien-Bade- und Wasch-Anstalt Saarbrücken, Saarbrücken, 16. 3., —, 25. 2. ● Actien-Baugesellschaft Mülheim a. d. Ruhr i. Liqu., Mülheim (Ruhr), 10. 3., —, 21. 2. ● Actiendruckerei und Verlag der Pfälzischen Bürger-Zeitung A.-G., Neustadt a. H., 18. 3., —, 27. 2. ● Actien-Färberei Münchberg vorm. Knab & Linhardt, Dresden, 21. 3., 18. 3., 27. 2. ● A.-G. Bote aus dem Riesengebirge, Breslau, 15. 3., 11. 3., 23. 2. ● A.-G. Braunkohlengruben und Dampfziegeleien Auguste, Bitterfeld, 20. 3., 16. 3., 27. 2. ● A.-G. Glashüttenwerke Adlerhütten, Berlin, 17. 3., 12. 3., 18. 2. ● A.-G. Grand-Hotel Royal, Bonn, 21. 3., 12. 3., 27. 2. ● A.-G. Hausberg, Hadersleben, 12. 3., —, 23. 2. ● A.-G. Hotel Bellevue, Dresden, 20. 3., 17. 3., 20. 2. ● A.-G. Magnetine, Mannheim, 14. 3., —, 25. 2. ● A.-G. Metzeler & Co., München, 18. 3., 14. 3., 24. 2. ● A.-G. „Neptun" Schiffswerft und Maschinenfabrik, Rostock, 18. 3., 14. 3., 21. 2. ● Aktiengesellschaft Sturm, Sagan, 16. 3., 13. 3., 16. 2. ● A.-G. Thiederhall, Berlin, 21. 3., 15. 3., 24. 2. ● A.-G. Union ver. Zündholz- und Wichse-Fabriken, Augsburg, 17. 3., 13. 3., 19. 2. ● A.-G. Verbandsgaswerk Schmiedefeld-Frauenwald, Schmiedefeld (Kr. Schleusingen), 18. 3., 14. 3., 23. 2. ● A.-G. für Boden- und Kommunal-Kredit in Elsass-Lothringen, Strassburg, 24. 3., 17. 3., 19. 2. ● A.-G. für Buchdruck und Zeitschriften, Berlin, 16. 3., 11. 3., 23. 2. ● A.-G. für Fabrikation von Eisenbahnmaterial, Görlitz, 19. 3., 16. 3., 25. 2. ● A.-G. für Garnfabrikation, Berlin, 16. 3., 12. 3., 23. 2. ● A.-G. für Leinengarnspinnerei und Bleicherei (vorm. Renner & Co.), Friedeberg, 16. 3., 13. 3., 13. 2. ● Actienmühlenwerke Stockau-Reichertshofen-Mauching vorm. Koch & Foerster, Stockau, 16. 3., 12. 3., 20. 2. ● Adlerwerke vorm. Heinr. Kleyer A.-G., Frankfurt a. M., 18. 3., 14. 3., 21. 2. ● Anhaltische Kohlenwerke, Halle a. S., 14. 3., 10. 3., 21. 2. ● Automobil-Omnibus-Gesellschaft Penig — Hartmannsdorf — Chemnitz A.-G., Mühlau, 8. 3., —, 21. 2.

Bank für Grundbesitz, Leipzig, 21. 3., 18. 3., 20. 2. ● Bank von Elsass und Lothringen, Strassburg, 19. 3., 13. 3., 18. 2. ● Baugesellschaft Bellevue i. L., Berlin, 17. 3., 14. 3., 24. 2. ● Baumwollspinnerei Erlangen, 17. 3., 11. 3., 14. 2. ● Baumwollspinnerei Gronau, Gronau i. W., 18. 3., 14. 3., 12. 2. ● Baumwollspinnerei Unterhausen, Stuttgart-Unterhausen, 24. 3., 18. 3., 16. 2. ● Bayerische Celluloidwaren-Fabrik vorm. Albert Wacker A.-G., Nürnberg, 21. 3., 17. 3., 26. 2. ● Berlin-Passauer Fabriken für Parkett- und Holzbearbeitung i. Liqu., München, 24. 3., —, 27. 2. ● Berliner Automobil-Centrale A.-G., Berlin, 19. 3., 16. 3., 20. 2. ● Bierbrauerei Kelbra vorm. Gebr. Joch A.-G., Kelbra, 20. 3., 17. 3., 21. 2. ● Billeter & Klunz A.-G., Aschersleben, 14. 3., 11. 3., 26. 2. ● Bochumer Bergbrauerei vorm. Homborg, Bochum, 21. 3., 20. 3., 26. 2. ● Birresborner Mineralbrunnen A.-G., Düsseldorf, 16. 3., 13. 3., 16. 2. ● Bremer Bank-Verein, Bremerhaven, 5. 3., 3. 3., 25. 2. ● Bremer Linoleum-Werke Delmenhorst, Bremen, 19. 3., 13. 3., 18. 2. ● Bremer Strassenbahn A.-G., Bremen, 19. 3., 16. 3., 20. 2. ● Bremer Wollkämmerei, Bremen, 18. 3., 11. 3., 19. 2. ● Bremerhavener Strassenbahn, Bremen, 21. 3., 18. 3., 23. 2. ● Breslauer Viehmarktsbank, Breslau, 19. 3., —, 23. 2. ● Bürgerliches Brauhaus A.-G. vorm. E. Radtke, Osterode (Ostpr.), 20. 3., 17. 3., 26. 2.

Chemnitzer Bank-Verein, Chemnitz, 21. 3., 18. 3., 25. 2. ● Chromo-Papier- und Carton-Fabrik vorm. Gustav Najork A.-G., Leipzig, 13. 3., —, 23. 2. ● Commerz-Bank in Lübeck, Lübeck, 20. 3., 16. 3., 26. 2. ● Consum-Verein Königshütte (O.-S.) A.-G., Königshütte (O.-S.), 16. 3., 12. 3., 17. 2. ● Continental-Caoutchouc- und Gutta Percha Compagnie, Hannover, 18. 3., 16. 3., 25. 2. ● Cramersche Mühlen A.-G., Schweinfurt, 17. 3., —, 23. 2.

Danziger Rhederei A.-G., Danzig, 12. 3., —, 23. 2. ● David Söhne A.-G., Halle a. S., 19. 3., 17. 3., 6. 2. ● Deutsch-Australische Dampfschiffs-Gesellschaft, Hamburg, 16. 3., 13. 3., 27. 2. ● Deutsch-Oesterreichische Dampfschiffahrt A.-G., Magdeburg, 13. 3., 10. 3., 21. 2. ● Deutsche Grundkreditbank, Gotha, 20. 3., 12. 3., 20. 2. ● Deutsche Jute-Spinnerei und Weberei, Meissen, 16. 3., 10. 3., 17. 2. ● Deutsche Kunstleder-A.-G., Dresden, 17. 3., 14. 3., 21. 2. ● Deutsche Ostafrika-Linie, Hamburg, 14. 3., 13. 3., 27. 2. ● Deutsche Tageszeitung, Druckerei und Verlag A.-G., Berlin, 9. 3., —, 21. 2. ● „Doornkaat" Brennerei und Brauerei A.-G., Norden, 23. 3., —, 26. 2. ● Dresdner Bau-Gesellschaft, Dresden, 17. 3., —, 19. 2. ● Dresdner Handelsbank A.-G., Dresden-A., 17. 3., —, 21. 2. ● Dresdener Papierfabrik i. Liqu., Dresden-A., 27. 3., 24. 3., 27. 2. ● Druckerei und Verlag der Strassburger Neuesten Nachrichten A.-G. vorm. H. L. Kayser, Strassburg i. E., 19. 3., 16. 3., 23. 2. ● Dürkoppwerke A.-G., Bielefeld, 18. 3., 13. 3., 12. 2.

Eisenwerk Barbarossa A.-G., Sangerhausen, 18. 3., 16. 3., 14. 2. ● Eisleber Discontogesellschaft, Eisleben, 17. 3., 14. 3., 14. 2. ● Eiswerke Huxmann A.-G., Bremen, 21. 3., 13. 3., 18. 2. ● Elbsandstein-Industrie A.-G., Dresden, 18. 3., 16. 3., 24. 2. ● Elbtalzentrale A.-G., Dresden, 17. 3., 13. 3., 18. 2. ● Elektrizitäts- und Wasserwerk Blieskastel A.-G., 20. 3., 18. 3., 26. 2. ● Elsässische Tabakmanufaktur A.-G., Strassburg i. E., 17. 3., 13. 3., 21. 2. ● Elsässische Tuchfabrik A.-G., Strassburg i. E., 14. 3., 9. 3., 21. 2. ● Englische Dampfcakes- und Biscuitsfabrik A.-G., Hamburg, 11. 3., —, 24. 2. ● Erste Zwickauer Dampf-Wasch- und Trockenanstalt A.-G., Zwickau i. S., 12. 3., —, 21. 2. ● Erzgebirgischer Steinkohlen-Actien-Verein, Zwickau, 16. 3., —, 25. 2. ● Eschweiler Bank, Eschweiler, 19. 3., 16. 3., 18. 2. ● Export-Schlachterei und Schmalz-Raffinerie A.-G., Hamburg, 21. 3., 18. 3., 27. 2.

Flensburger Walzenmühle A.-G., Flensburg, 19. 3., 16. 3., 23. 2. ● Frankenthaler Volksbank A.-G., Frankenthal (Pfalz), 14. 3., —, 24. 2. ● Frankfurter gemeinnützige Baugesellschaft, Frankfurt a. M., 19. 3., 17. 3., 26. 2. ● Fürstliches Bad Meinberg A.-G., Detmold, 21. 3., 18. 3., 27. 2.

Gemeinnützige Actienbaugesellschaft für den Landkreis Crefeld, Crefeld, 20. 3., —, 14. 2. ● Gemeinnützige Baugesellschaft Hanau A.-G., 16. 3., 12. 3., 26. 2. ● Geraer Strickgarnfabrik Gebr. Feistkorn A.-G., Dresden, 16. 3., 12. 3., 19. 2. ● Gerb- und Farbstoffwerke H. Renner & Co. A.-G., Hamburg, 26. 3., 21. 3., 26. 2. ● Gersdorfer Steinkohlenbau-Verein, Chemnitz, 19. 3., —, 14. 2. ● Gewerbe- und Vorschussbank, Karlsruhe, 17. 3., 16. 3., 26. 2. ● Giessener Volksbad A.-G., Giessen, 13. 3., —, 27. 2. ● Gladbacher Spinnerei und Weberei, M.-Gladbach, 21. 3., 15. 3., 25. 2. ● Glasfabrik A.-G., Meissen, 17. 3., 13. 3., 18. 2. ● Greifenberger Kleinbahnen A.-G., Greifenberg i. Pomm., 20. 3., 16. 3., 26. 2. ● Grosse Leipziger Strassenbahn, Leipzig, 17. 3., 12. 3., 21. 2. ● Grundrenten-Ges., Berlin, 17. 3., 14. 3., 21. 2. ● Gummiwerke Fulda A.-G., Düsseldorf, 17. 3., 12. 3., 20. 2.

Haderslev Bank, Hadersleben, 14. 3., —, 27. 2. ● Hamburg-Bremer Feuer-Versicherungs-Gesellsch., Hamburg, 14. 3., 24. 2., 23. 2. ● Hannoversche Immobilien-Gesellschaft, Hannover, 20. 3., 17. 3., 26. 2.

• Hansa A.-G. für Warenverkehr (vorm. S. Eichelbaum), Breslau, 19. 3., 16. 3., 9. 2. • Heilanstalt Reiboldsgrün A.-G., Auerbach, 14. 3., 11. 3., 21. 2. • Heilmannsche Immobiliengesellschaft A.-G., München, 21. 3., 18. 3., 27. 2. • Otto Henning A.-G., Greiz, 10. 3., —, 23. 2. • W. Hirsch A.-G. für Tafelglasfabrikation, Radeberg, 26. 3., 20. 3., 24. 2.

Ilse Bergbau A.-G., Grube Ilse N.-L., Berlin, 20. 3., 16. 3., 26. 2.

Jute-Spinnerei und Weberei, Bremen, 20. 3., 16. 3., 24. 2.

Kabelwerk Duisburg, Duisburg, 21. 3., 18. 3., 20. 2. • Kammgarnspinnerei Leipzig, 31. 3., —, 25. 2. • Kammgarnspinnerei Meerane, Meerane i. Sa., 21. 3., —, 21. 2. • Kammgarnspinnerei Wernshausen, Meiningen, 17. 3., 13. 3., 18. 2. • Kattowitz—Domb—Königshütter Chausseebau A.-G., Kattowitz, 18. 3., —, 21. 2. • Kleinbahn A.-G. Selters—Hachenburg, Berlin-Schöneberg, 20. 3., 16. 3., 25. 2. • Knorr-Bremse A.-G., Berlin, 12. 3., 8. 3., 23. 2. • Kolonialbank A.-G., Berlin, 20. 3., —, 27. 2. • Königsborn A.-G. für Bergbau-, Salinen- und Soolbadbetrieb, Unna-Königsborn, 16. 3., 12. 3., 23. 2. • Krefelder Teppich-Fabrik A.-G., Krefeld, 20. 3., 15. 3., 9. 2.

Landwirtschaftliche Sparkasse, Kommanditges. a. Akt., Lüchow, 16. 3., —, 19. 2. • Lederfabrik vormals H. Deninger & Co. A.-G., Frankfurt a. M., 26. 3., —, 24. 2. • Leipziger Aussenbahn A.-G., Leipzig, 17. 3., 13. 3., 21. 2. • Leipziger Elektrische Strassenbahn A.-G., Leipzig, 20. 3., 16. 3., 25. 2. • Lugauer Steinkohlenbau-Verein, Zwickau, 20. 3., —, 25. 2.

Magdeburger Bank-Verein, Magdeburg, 21. 3., 18. 3., 23. 2. • Magdeburger Strassen-Eisenbahn-Ges., Magdeburg, 16. 3., 12. 3., 24. 2. • Märkisch-Westfälischer Bergwerks-Verein, Letmathe, 20. 3., 13. 3., 20. 2. • Maschinenbau-Anstalt und Eisengiesserei A.-G. vorm. Th. Flöther A.-G., Breslau, 21. 3., 17. 3., 25. 2. • Maschinenfabrik A.-G. vorm. Wagner & Co., Cöthen, 21. 3., 18. 3., 18. 2. • Mechanische Treibriemenweberei und Seilfabrik Gustav Kunz A.-G., Treuen i. S., 21. 3., 17. 3., 26. 2. • Mech. Tricotweberei Matthes & Lutz A.-G., Besigheim, 16. 3., 12. 3., 25. 2. • Mechanische Weberei A.-G., Kirschau, 20. 3., 16. 3., 20. 2. • Mecklenburgische Sparbank Schwerin i. M., 16. 3., 10. 3., 9. 2. • Meissner Ofen- und Porzellanfabrik (vorm. C. Teichert), Meissen, 16. 3., —, 19. 2. • Metall-Zieherei A.-G., Cöln, 17. 3., 12. 3., 19. 2. • Metropol-Theater A.-G., Berlin, 16. 3., 12. 3., 23. 2. • Hermann Meyer & Co. A.-G., Berlin, 20. 3., 18. 3., 23. 2. • Mittelrheinische Bank, Coblenz, 19. 3., 15. 3., 27. 2. • Mitteldeutsche Creditbank, Frankfurt a. M., 18. 3., 13. 3., 23. 2. • Mitteldeutsche Malzfabrik A.-G., Langensalza, 14. 3., 11. 3., 24. 2. • Mittweidaer Granitwerke A.-G., Mittweida, 21. 3., —, 25. 2. • „Modersmaalet" A.-G., Hadersleben, 18. 3., —, 23. 2. • Motorboots-A.-G. Kalkberge, 20. 3., —, 16. 2. • Edmund Müller & Mann A.-G., Tempelhof, 21. 3., 19. 3., 24. 2.

Nationalabank für Deutschland, Berlin, 21. 3., 14. 3., 24. 2. • Neuvorpommersche Spar- und Creditbank A.-G., Strassburg i. E., 20. 3., 16. 3., 24. 2. • Neue Baumwollspinnerei und Weberei Hof, Hof, 7. 3., —, 21. 2. • Niederwaldbahn A.-G., Berlin, 21. 3., 17. 3., 23. 2. • Norddeutsche Grundkreditbank, Gotha, 14. 3., 10. 3., 21. 2. • Nürnberger Metall- und Lackierwarenfabrik vorm. Gebrüder Bing A.-G., Nürnberg, 21. 3., 14. 3., 12. 2.

Oberlausitzer Bank zu Zittau, Zittau, 21. 3., 15. 3., 25. 2. • Odenkirchener Actiengesellschaft, Odenkirchen, 11. 3., —, 23. 2. • Oldenburg-Portugiesische Dampfschiffsrhederei, Bremen, 21. 3., 12. 3., 25. 2. • Oldenburger Versicherungs-Gesellschaft, Oldenburg, 16. 3., —, 25. 2. • Oldenburgische Glashütte A.-G., Oldenburg, 21. 3., 17. 3., 25. 2. • Oldenburgische Spar- und Leih-Bank, Oldenburg i. Gr., 20. 3., 16. 3., 25. 2. • Oppelndorfer-Fraundorfer Portland-Cementwerke A.-G., Breslau, 21. 3., 18. 3., 27. 2. • Osnabrücker Badehaus-A.-G., Osnabrück, 14. 3., 10. 3., 25. 2. • Ostdeutsche Maschinenfabrik vorm. Rud. Wernecke A.-G., Königsberg i. Pr., 30. 3., 27. 3., 19. 2.

Pausaer Tüllfabrik A.-G., Plauen i. V., 17. 3., 12. 3., 21. 2. • Perleberger Versicherungs-A.-G., Perleberg, 14. 3., —, 26. 2. • Petzbräu A.-G., Kulmbach, 25. 3., 21. 3., 23. 2. • Pfälzische Hypothekenbank, Ludwigshafen a. Rh., 16. 3., —, 19. 2. • Pommerscher Industrie-Verein auf Actien, Stettin, 21. 3., —, 27. 2. • Portland-Cementwerk Ruhrort A.-G. i. Liqu., Duisburg-Ruhrort, 6. 3., 3. 3., 26. 2. • Portland-Cementwerk Saxonia A.-G., vormals Heinr. Laas Söhne, Berlin, 19. 3., 13. 3., 21. 2. • Posener Strassenbahn, Berlin, 21. 3., 18. 3., 25. 2. • Prehlitzer Braunkohlen-A.-G., Meuselwitz, 19. 3., —, 27. 2. • Prein-Gewebe A.-G., Hannover, 18. 3., —, 23. 2. • Preussische Portland-Cementfabrik, Worle (Kr. Neustadt i. Westpr.), 17. 3., 13. 3., 24. 2.

Wilhelm Rauchfuss, Brauereien Halle und Giebichenstein A.-G., Halle a. S., 14. 3., —, 23. 2. • „Renata" Dampfschiffs-Gesellschaft in Stettin, 18. 3., —, 26. 2. • Restaurant Tonhalle Saarbrücken A.-G., Saarbrücken, 14. 3., 10. 3., 23. 2. • Rhedern A.-G. von 1896, Hamburg, 12. 3., 10. 3., 21. 2. • Rheinische Hypothekenbank, Mannheim, 16. 3., 10. 3., 16. 2. • Rheinische Möbelstoffweberei vorm. Dahl & Hunsche A.-G., Barmen, 17. 3., 12. 3., 18. 2. • Rheinische Sandwerke, Düsseldorf, 21. 3., 15. 3., 23. 2. • Roschützer Porzellanfabrik Unger & Schilde A.-G., Gera, 21. 3., 15. 3., 23. 2. • Rosiny Mühlen A.-G., Duisburg, 18. 3., 11. 3., 20. 2. • Rostocker Strassenbahn A.-G., Rostock, 14. 3., 10. 3., 21. 2.

Sächsische Emaillier- und Stanzwerke A.-G. vorm. Gebrüder Gmichtel, Leipzig, 18. 3., 15. 3., 23. 2. • Sächsische Tüllfabrik A.-G., Chemnitz, 17. 3., 9. 3., 23. 2. • Sächsische Ofen- und Chamottewarenfabrik vorm. Ernst Teichert, Meissen, 18. 3., —, 21. 2. • Saline und Soolbad Salzungen, Meiningen, 20. 3., 16. 3., 25. 2. • Siegen-Solinger Gussstahl-Verein, Solingen, 23. 3., 16. 3., 25. 2. • Siegener A.-G. für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerei, Siegen, 9. 3., —, 23. 2. • C. F. Solbrig Söhne A.-G., Chemnitz, 17. 3., 14. 3., 20. 2. • Sonneberger Ziegelei Rottmar A.-G., Sonneberg, 12. 3., —, 25. 2. • Spar- und Darlehnskasse, Anklam, 16. 3., —, 27. 2. • Spar- und Vorschussverein zu Dahlen A.-G., Dahlen, 3. 3., —, 21. 2. • Spinnerei und Buntweberei Pfersee, Augsburg-Pfersee, 18. 3., 12. 3., 13. 2. • Süddeutsche Bodencreditbank, München, 16. 3., 11. 3., 12. 2. • Süddeutsche Spiritusindustrie, Kommanditgesellschaft auf Actien, München, 13. 3., —, 24. 2.

Schlesische A.-G. für Bierbrauerei und Malzfabrikation, Landeshut i. Schl., 16. 3., —, 24. 2. • Schlesische Eisenbetonbau-A.-G., Berlin, 21. 3., 15. 3., 24. 2. • Schlesische Immobilien-A.-G., Breslau, 20. 3., 17. 3., 20. 2. • Heinr. Aug. Schulte, Eisenhandlung, A.-G., Dortmund, 20. 3., 17. 3., 24. 2.

Stettin-Rigaer Dampfschiffs-Gesellschaft Th. Gribel, Kommandit-Ges. auf Actien, Stettin, 18. 3., —, 26. 2. • Stolper Stallbau A.-G., Stolp, 18. 3., —, 20. 2. • Strassburger Bauverein, Strassburg, 20. 3., 16. 3., 9. 2. • Strassenbahn und Electrizitätswerk, Bernburg, 18. 3., 14. 3., 24. 2. • Stuttgarter Lagerhaus-Gesellschaft, Stuttgart, 21. 3., 13. 3., 17. 2.

Terraingesellschaft Berlin-Nordost, Berlin, 16. 3., 12. 3., 20. 2. • Terrain-Gesellschaft Frankfurter Chaussee, Berlin, 18. 3., 14. 3., 20. 2. • Terraingesellschaft München-Friedenheim A.-G., München, 16. 3., 13. 3., 23. 2. • Terraingesellschaft Neu-Babelsberg A.-G., Berlin, 17. 3., 13. 3., 27. 2. • Thüringer Credit-Anstalt A.-G., Eisenach, 21. 3., 18. 3., 26. 2. • Thüringische Landesbank A.-G., Weimar, 26. 3., 21. 3., 24. 2. • Tramways-Mülhausen, Mülhausen i. E., 10. 3., 7. 3., 21. 2. • Tüllfabrik Mehltheuer A.-G., Plauen, 17. 3., 13. 3., 16. 2.

Uhrenfabrik Villingen A.-G., Villingen, 12. 3., —, 27. 2.

Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine A.-G., Berlin, 13. 3., —, 26. 2. • Vereinigte Elbkiesbaggerei, Kalk- und Mörtelwerke A.-G., Magdeburg, 20. 3., 19. 3., 23. 2. • Vereinigte Flensburg-Ekensunder und Sonderburger Dampfschiffs-Gesellschaft, Flensburg, 13. 3., —, 23. 2. • Vereinigte Thüringische Salinen vorm. Glenckschе Salinen A.-G., Meiningen, 20. 3., 16. 3., 26. 2. • Vereinigte Verlagsanstalten Gustav Braunbeck & Gutenberg-Druckerei A.-G., Berlin, 16. 3., 12. 3., 26. 2. • Vereinsbank in Hamburg, Hamburg, 14. 3., 13. 3., 27. 2. • Vereinsbank in Kiel, Kiel, 18. 3., 14. 3., 20. 2. • Vereinsbank Mutzschen, Mutzschen, 13. 3., —, 24. 2. • Vereinsbank Naunhof, 16. 3., —, 26. 2. • Vereinsbrauerei A.-G., Beuthen (O.-S.), 23. 3., 20. 3., 26. 2. • Vorschuss- und Spar-Vereinsbank, Lübeck, 7. 3., —, 23. 2.

Wagenladungs- und Zolldeclarations-Comptoir, Hamburg, 14. 3., 12. 3., 23. 2. • Warendorfer Badeanstalt A.-G., Warendorf, 16. 3., —, 25. 2. • Warpspinnerei und Stärkerei A.-G., Bremen, 16. 3., 12. 3., 12. 2. • Wergersche Brauerei A.-G., Worms, 16. 3., 12. 3., 21. 2. • Westdeutsche Jute-Spinnerei und Weberei, Beuel a. Rh., 13. 3., 9. 3., 24. 2. • Wittener Walzen-Mühle A.-G., Witten, 18. 3., 15. 3., 23. 2. • Wollwarenfabrik „Mercur", Berlin, 21. 3., 17. 3., 5. 2. • Württembergische Notenbank, Stuttgart, 18. 3., 13. 3., 18. 2.

Zaberner und Wasselnheimer Bank, Zabern, 19. 3., —, 23. 2. • Zörbiger Creditverein von Lederer, Kotsch & Co., Commanditges. auf Actien, Zörbig, 13. 3., —, 23. 2. • Zwei-Löwenbrauerei A.-G., Dortmund, 19. 3., 15. 3., 19. 2. • Zwickauer Brückenberg-Steinkohlenbau-Verein, Zwickau, 13. 3., —, 24. 2.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

Aus der Geschäftswelt.

Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.

Im freien Verkehr ermittelte Kurse vom 3. März 1914, abgeschlossen 6 Uhr abends.

	Gesucht	Angeboten
Kohlen.		
Adler bei Kupferdreh	4000	4250
Alte Haase	1300	1500
Blankenburg	—	1850
Brassert	10600	11000
Caroline	2700	2850
Carolus Magnus	6100	6500
Constantin der Gr.	52000	—
Diergardt	—	2650
Dorstfeld	9900	10400
Ewald	41500	44000
Friedrich der Grosse	—	28000
Fröhliche Morgensonne	—	11600
Gottessegen	2650	2850
Graf Bismarck	—	62000
Graf Schwerin	12600	13200
Heinrich	5450	5700
Helene & Amalie	18500	19300
Hermann I/III (3000 Kuxe)	4500	4650
Johann Deimelsberg	6850	7050
König Ludwig	30000	31200
Langenbrahm	15800	16900
Lothringen	29000	29800
Mont Cenis	17450	17800
Oespel	—	3250
Rudolf	465	550
Schürb. & Charlottbg.	2250	2325
Trappe	—	2400
Trier (3000 Kuxe)	6600	6750
Unser Fritz	—	17000
Westfalen (10 000 Kuxe)	1475	1525
Braunkohlen.		
Bellerhammer Brk.	1800	1900
Bruckdorf-Nietleben	1300	1450

	Gesucht	Angeboten
Germania	950	1025
Gute Hoffnung	4600	4650
Humboldt	1400	1475
Leonhard	7500	7700
Lucherberg	1950	2050
Michel	8000	8200
Neurath	900	975
Prinzessin Victoria	1400	1500
Schallmauer, Braunk.	3375	3475
Wilhelma	2750	—
Kali-Kuxe und -Anteile.		
Alexandershall	10000	10300
Aller Nordstern	1525	1575
Beienrode	3450	3500
Bergmannssegen	6600	6800
Braunschweig-Lüneburg	2150	2300
Burbach	11900	12100
Buttlar	600	700
Carlsfund	5300	5400
Carlsglück	850	900
Carlshall	2450	2525
Carnallshall	2800	3000
Deutschland, Justenbg.	2325	2400
Einigkeit	4375	4475
Fallersleben	1575	1625
Felsenfest	3350	3450
Gebra	3950	4050
Glückauf, Sondershausen	19100	19500
Günthershall	4400	4600
Hansa Silberberg	5450	5550
Hedwig	1800	1875
Heiligenmühle	775	825
Heiligenroda	10400	10600
Heimboldshausen	2150	2300
Heldrungen I	900	975
Heldrungen II	1000	1075
Herfa	2300	2400
Heringen	5900	6000
Hermann II	1550	1625
Hohenfels	4950	5100
Hohenzollern	6450	6525
Hugo	8900	9100
Hüpstedt	2775	2850
Immenrode	4450	4600
Irmgard	875	925
Johannashall	3350	3600
Kaiseroda	6800	7000

	Gesucht	Angeboten
Mariaglück	1575	1625
Marie	3350	3450
Marie-Louise	3350	3450
Max	3850	3950
Neurode	2300	2400
Neusollstedt	3375	3450
Neustassfurt	11400	11700
Prinz Eugen	5300	5450
Ransbach	2300	2500
Reichenhall	1800	1875
Rothenberg	2525	2600
Sachsen-Weimar	7300	—
Salzmünde	5650	5725
Siegfried I	4200	4250
Siegfried-Giesen	—	4000
Theodor	5350	5500
Thüringen	3550	3650
Volkenroda	6650	6750
Walbeck	4100	4300
Walter	1575	1625
Weyhausen	2400	2550
Wilhelmine	1125	1175
Wilhelmshall	8700	8850
Wintershall	18500	19500
Kali-Aktien.		
Adler Kaliwerke	53%	54%
Bismarckshall	111%	113%
Hallesche Kaliwerke	53%	55%
Hattorf	117%	119%
Heldburg	41%	42%
Justus Act.	94%	95%
Krügershall	117%	121%
Ronnenberg Act.	93%	95%
Salzdethfurt	345%	350%
Steinförde	32%	34%
Teutonia	64%	66%
Erzkuxe.		
Apfelbaumer Zug	—	475
Eiserner Union	750	800
Fernie	2700	2800
Flick	80	100
Freier Grunder Bgw.-V.	750	800
Ver. Henriette	1025	1100
Louise Brauneisenst.	1750	1800
Neue Hoffnung	10	25
Wilhelmine	1050	1125

Commerz- und Disconto-Bank, Hamburg-Berlin.

Vierundvierzigster Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1913.

Die störenden Einwirkungen auf das Wirtschaftsleben, welche sich gegen Ende des Jahres 1912 geltend machten, traten in noch stärkerem Masse im Berichtsjahre in Erscheinung. Der Balkankrieg und die damit verbundenen Befürchtungen, dass Verwickelungen unter den Grossmächten eintreten könnten, sowie die kritischen Zustände in Südamerika und die Revolution in Mexiko hemmten die Unternehmungslust. Es kam noch hinzu, dass neue dauernde Lasten und — für die Verstärkung unserer Rüstungen — ein einmaliger Wehrbeitrag vom Reichstag beschlossen wurden. Diese Leistungen wurden zwar von der grossen Mehrheit der Betroffenen als patriotische Pflichterfüllung gern übernommen, aber es ist doch nicht zu verkennen, dass manche Kreise dadurch genötigt sind, sich Einschränkungen aufzuerlegen, die ihre Kaufkraft zum Nachteil von Handel und Industrie schwächen.

All diese Dinge wirkten in Verbindung mit dem hohen Leihwert des Geldes auf das Wirtschaftsleben so ungünstig ein, dass die zuerst als vorübergehende Stockung betrachtete Stille im Geschäftsverkehr zu einem ausgesprochenen Konjunkturrückschlage wurde. Wenn trotzdem die meisten Zweige unserer Industrie im Jahre 1913 noch gut beschäftigt waren, so ist dies darauf zurückzuführen, dass ein reichlicher Auftragbestand aus dem Vorjahre übernommen wurde, und dass man in der Lage war, den Ausfall an inländischen Bestellungen im Auslande auszugleichen. Hier zeigen sich die Früchte der vorsichtigen Politik, welche unsere grossen Werke während der letzten Aufschwungsperiode verfolgt haben. Man hat einen erheblichen Teil der erzielten Gewinne zurückbehalten und zur modernen Ausgestaltung der Werke benutzt, um mit den billigsten Selbstkosten zu arbeiten, und um auch in weniger günstigen Zeiten auf dem Weltmarkte einen Vorsprung im Wettbewerb zu behalten.

Die Zahlen unseres Aussenhandels zeigen infolgedessen für das Jahr 1913 ein recht erfreuliches Bild. Unsere Ausfuhr betrug ℳ 10,081 Milliarden gegen 8,957 in 1912, unsere Einfuhr 10,695 Milliarden gegen 10,691. Während also die Ausfuhr eine erhebliche Steigerung zeigt, ist die Einfuhr fast unverändert geblieben, so dass hieraus eine bemerkenswerte Verbesserung unserer Zahlungsbilanz hervorgeht.

Ebenso gefestigt wie die Industrie steht unser Bankwesen dem Rückgang des Wirtschaftslebens gegenüber. Schon seit mehreren Jahren waren die Banken bestrebt, das allzu hohe Kreditgebäude abzutragen, indem sie die Gewährung von spekulativen und unwirtschaftlichen Krediten beschränkten und der Schaffung neuer Anlagen in der Industrie durch Aufnahme kurzfristiger Kredite ihre Mitwirkung versagten. Wir dürfen daher annehmen, dass der Verlauf des diesmaligen Konjunkturrückganges nicht wie früher zu einer Krisis ausarten wird.

Die Schiffahrt war fast während der ganzen Berichtsperiode vollauf beschäftigt, teils mit der Bewältigung der glänzenden Welternte, teils mit der Ausführung von früher übernommenen, gewinnbringenden Verträgen. Erst nachdem diese erledigt waren, stellte sich gegen Ende des Jahres ein Rückgang der Frachtraten ein, doch zeigen die bisher bekannt gewordenen Jahresberichte der Reedereien durchweg noch günstige Ergebnisse.

Die rege Ausfuhrtätigkeit gab Gelegenheit, von dem auf dem internationalen Markte zusammenfliessenden Golde einen grösseren Anteil für Deutschland zu sichern. Im Jahre 1913 wurden per Saldo ℳ 311 114 000 Gold gegen ℳ 166 711 000 im Vorjahre eingeführt. Dazu kam, dass ein Teil der früher aus politischen Befürchtungen vom Publikum zurückgehaltenen Barmittel dem Verkehr wieder zuflossen. Die Wirkung zeigte sich in den Ausweisen der Reichsbank: der Goldbestand des Instituts betrug am 31. Dezember 1913 ℳ 1 169 971 000,— gegen ℳ 776 648 000,— am 31. Dezember 1912.

Die Reichsbank hat sich mit Rücksicht auf die lange anhaltenden politischen Beunruhigungen allerdings veranlasst gesehen, den Diskontsatz bis zum 27. Oktober 1913 auf der Höhe von 6 % zu halten; sie ermässigte ihn dann auf 5½ % und am 12. Dezember auf 5 %. Da im offenen Markt die Geldflüssigkeit schon viel früher als in den Zinssätzen der Reichsbank in Erscheinung trat, zeigte sich längere Zeit zwischen dem Diskontsatz der Reichsbank und dem Privatsatz ein erheblicher Unterschied. Der Durchschnittssatz des Reichsbankdiskonts betrug 5.89 gegen 4.95 % im Vorjahr und der des Privatsatzes 4.93 gegen 4.22 %.

Die Börse hat ein schlechtes Jahr hinter sich. Die unsicheren Verhältnisse und die Zurückhaltung des Publikums bewirkten erhebliche Kursermässigungen sowohl bei den Dividendenpapieren als auch bei den Anlagewerten; erst von Ende September an zeigte sich, hervorgerufen durch den leichteren Geldstand, vermehrtes Interesse für die letzteren. Preussische 3 % Consols zeigen am Schluss des Geschäftsjahres einen neuen Rückgang von 1.80 %, 3½ % Consols von 3.10 %. Am besten wird die Lage des Börsengeschäftes durch die Einnahme aus dem Schlussscheinstempel im Jahre 1913 beleuchtet: es wurden im Deutschen Reich vereinnahmt ℳ 19 278 000,— gegen ℳ 25 764 000.— in 1912.

In den Ergebnissen unserer Gewinn- und Verlust-Rechnung sind die oben geschilderten Einflüsse deutlich erkennbar. Der Erhöhung des Zinsenkontos steht ein erheblicher Rückgang des Gewinnes im Wertpapier- und Konsortial-Geschäft gegenüber, der in den Kurs-Verlusten bei unseren Wertpapierbeständen, dem unbefriedigenden Gange der Börsengeschäfte und der starken Einschränkung der Emissionstätigkeit seine Erklärung findet. Auf dem Provisions-Konto konnte der Ausfall im Effektenkommissionsgeschäft durch Erhöhung der Einnahmen im Kontokorrentverkehr ausgeglichen werden; dieses wie die übrigen Einnahme-Konten zeigen bescheidene Verbesserungen gegen das Vorjahr, während die Unkosten die vorjährige Höhe nicht ganz erreichen.

Unsere Filialen und Depositenkassen haben zu den Gewinnresultaten in befriedigender Weise beigetragen.

Im Verlaufe des Jahres 1913 haben wir für unsere 300 ℳ Aktien älterer Emissionen, soweit sie noch im Umlauf sind, neue Dividendenscheinbogen ausgegeben und für deren Versteuerung die Talonsteuerreserve belastet.

Für den im laufenden und in den folgenden Jahren fällig werdenden Wehrbeitrag beantragen wir ℳ 200 000,— von dem nicht zur Verteilung kommenden Gewinnüberschuss als Wehrbeitrag-Reserve abzuzweigen, so dass ein Gewinnvortrag von ℳ 941 373,14, wie am Schlusse dieses Berichtes ausgewiesen, übrigbleibt.

Die London and Hanseatic Bank, Ltd., erhöhte ihr Kapital um Stück 12 500 Aktien à £ 20,—, worauf 50 % zur Einzahlung gelangten; auf unsere Beteiligung entfielen davon Stück 6000 Aktien. Auch auf das erhöhte Kapital verteilte die Bank wieder eine Dividende von 8 %.

Unsere Beteiligung bei der Firma S. Kaufmann & Co. brachte infolge des Darniederliegens des Effektengeschäftes einen etwas geringeren Gewinn als im Vorjahre.

Die Waaren-Commissionsbank in Hamburg erzielte wiederum eine Dividende von 10 %.

Die Norddeutsche Zucker-Raffinerie hat im verflossenen Geschäftsjahre besser gearbeitet und konnte 4 % Dividende zur Verteilung bringen.

Die Barmbecker Brauerei-Aktien-Gesellschaft hat den Dividendensatz von 7½ % aufrechterhalten.

Die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co. verteilte wie im Vorjahre 8 % Dividende.

Die Hamburgischen Electricitäts-Werke brachten 8½ % Dividende zur Verteilung.

Die Bremen-Besigheimer Oelfabriken haben im Berichtsjahr wiederum günstig gearbeitet; das Ergebnis wird hinter dem des Vorjahrs (17 %) nicht zurückbleiben.

Die Eisenbahnbaugesellschaft Becker & Co. G. m. b. H. hat für das Jahr 1912 bei reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen wieder eine Dividende von 5 % verteilt.

Die Leipziger Werkzeug-Maschinenfabrik vorm. W. von Pittler Aktiengesellschaft konnte wiederum auf ein recht befriedigendes Geschäftsjahr zurückblicken und die gleiche Dividende wie in 1912, 25 %, ausschütten.

Die Actien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vorm. Patzenhofer, deren Kapitalserhöhung von einem unter unserer Führung stehenden Konsortium durchgeführt wurde, verteilte für das Geschäftsjahr 1912/13 eine Dividende von 15 % gegen 14 % im Vorjahre.

Die Eisenbahnsignal-Bauanstalt Max Jüdel & Co. Aktiengesellschaft, Braunschweig, hat im Jahre 1912 eine Dividende von 24 % verteilt und erfreute sich im abgelaufenen Geschäftsjahre einer günstigen Entwickelung.

Die Hackethal-Draht- und Kabel-Werke Aktiengesellschaft, Brink bei Hannover, deren junge Aktien wir übernommen haben, hat auch im Jahr 1913 günstig gearbeitet, so dass die Dividende der Gesellschaft hinter der des Vorjahres (14 %) nicht zurückbleiben wird.

Die Fabrik isolierter Drähte zu elektrischen Zwecken (vormals C. J. Vogel) Telegraphendraht-Fabrik Aktiengesellschaft, Berlin, hat für das Geschäftsjahr 1912/13 eine Dividende von 13 %, wie im Vorjahre, zur Verteilung gebracht.

Die Telephonfabrik Aktiengesellschaft vormals J. Berliner, Hannover, deren junge Aktien wir gemeinsam mit anderen übernommen haben, konnte im Geschäftsjahr 1912/13 eine Dividende von 12 % (im Vorjahre 8 %) verteilen und befindet sich in günstiger Entwicklung.

Die Tiefbau- und Kälteindustrie Aktiengesellschaft vormals Gebhardt & König, Nordhausen, die für 1912 15 % Dividende verteilte, hat im Jahre 1913 gut gearbeitet, und wird die Dividende hinter der des Vorjahres nicht zurückbleiben.

Die Foraky Société Anonyme Belge d'Entreprise de Forage et de Fonçage, Brüssel, hat für das Geschäftsjahr 1912/13 eine Dividende von 10 %, gleich der des Vorjahres, ausgeschüttet.

Die Continental-Caoutchouc und Gutta-Percha-Compagnie hat wiederum eine Dividende von 45 % auf das unter unserer Mitwirkung von 12 auf 15 Millionen ℳ erhöhte Aktienkapital zur Verteilung gebracht.

Die Hannoverschen Gummiwerke „Excelsior" A.-G. verteilen auf das erhöhte Aktienkapital eine Dividende von 18 % gegen 25 %.

Das Geschäft am Terrain- und Baumarkt hat eine Besserung leider noch nicht aufzuweisen. Die Terraingesellschaft am Teltow-Kanal Rudow-Johannisthal Aktiengesellschaft und die Terraingesellschaft München-Friedenheim Aktiengesellschaft haben nur unwesentliche Verkäufe vornehmen können.

Während des Jahres 1913 beteiligten wir uns an folgenden Konsortialgeschäften, die zum grössten Teile im Berichtsjahre abgewickelt worden sind:

4 % Deutsche Reichsanleihe,
4 % Preussische Staatsanleihe,
4 % Preussische Schatzanweisungen,
4 % Hamburgische Staatsanleihe von 1913,
4 % Anleihe der Provinz Oberhessen,
4 % Anleihe der Stadt Augsburg,
4 % Anleihe der Stadt Cottbus,
4 % Anleihe der Stadt Darmstadt,
4 % Anleihe der Stadt Essen a. Ruhr,
4 % Anleihe der Stadt Karlsruhe,
4 % Anleihe der Stadt Leipzig,
4 % Anleihe der Stadt Mühlhausen i. Els.,
4 % Anleihe der Stadt Mühlheim a. Ruhr,
4 % Anleihe der Stadt Spandau,
4 % Anleihe der Stadt Stettin,
4 % Anleihe der Stadt Strassburg i. Els.,
4 % Anleihe der Stadt Zittau,
4½ % Anleihe der Stadt Stockholm,
4 % Anleihe der Berliner Stadtsynode,
4 % Anleihe der Emschergenossenschaft, Essen a. Ruhr,
4 % Pfandbriefe des Brandenburgischen Pfandbriefamts für Hausgrundstücke in Berlin,
4 % Obligationen der Calenberg-Göttingen-Grubenhagen-Hildesheim'schen ritterschaftlichen Credit-Casse,
4½ % Obligationen der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co.,
5 % Obligationen der Maschinenbau-Anstalt Humboldt zu Köln-Kalk,
5 % Obligationen der Bremen-Besigheimer Oelfabriken,
Junge Aktien der Hamburg-Amerika-Linie
„ „ „ Actien-Brauerei-Gesellschaft Friedrichshöhe vormals Patzenhofer,
„ „ „ Actien-Gesellschaft für Kohlendestillation, Düsseldorf,
„ „ „ Baroper Walzwerk Aktiengesellschaft,
„ „ „ Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-Aktien-Gesellschaft,
„ „ „ Hackethal Draht- und Kabel-Werke Aktiengesellschaft,
„ „ „ Oscar Schimmel & Co., Actiengesellschaft,
„ „ „ Telephon-Fabrik Actiengesellschaft vormals J. Berliner,
„ „ „ Continental-Caoutchouc- und Gutta-Percha-Compagnie,
„ „ „ Hannoverschen Gummiwerke „Excelsior" Actiengesellschaft,
Vorzugsaktien der Howaldtswerke,
Aktien der Rhederei-Aktien-Gesellschaft von 1896, Hamburg (Einführung),
Gründung der Braunkohlen-Industrie-Aktiengesellschaft Zukunft in Köln.

Der Gesamtumsatz auf einer Seite des Hauptbuches im Jahre 1913 betrug ℳ 31 908 033 099,72.

Wir beantragen, auf das Aktienkapital von ℳ 85 000 000,— eine Dividende von **6 %** zu verteilen und demgemäss den laut Gewinn- und Verlust-Rechnung vorhandenen Reingewinn (einschliesslich ℳ 879 666,21 Gewinnvortrag) von

ℳ 7 499 675,10

wie folgt zu verwenden:

4 % auf das Aktienkapital von ℳ 85 000 000,—	ℳ 3 400 000,—	
Rückstellung für Talonsteuer	„ 85 000,—	
in den Reservefonds II	„ 500 000,—	
in den Beamten-Pensions- u. Unterstützungsfonds	„ 120 000,—	
Tantieme an den Aufsichtsrat	„ 251 500,89	
Tantieme an den Vorstand	„ 301 801,07	
2 % weitere Dividende	„ 1 700 000,—	
Vortrag	„ 1 141 373,14	
davon Reserve für Wehrbeitrag ℳ 200 000,—		
Gewinnvortrag auf 1914 „ 941 373,14		
ℳ 1 141 373,14		
		ℳ 7 499 675,10

Hamburg, im März 1914.

Der Vorstand.

(5673)

Bilanz zum 30. September 1913.

Aktiva.	M.	Pf	M.	Pf	M.	Pf
1. Immobilien:						
a) Grundstücke Bestand wie am 1. Oktober 1912 .					651 635	13
b) Gebäude						
Best. am 1. Okt. 1912	1 730 000	—				
Zugang	30 000	—	1 760 000	—		
Abschreibung . .			110 000	—	1 650 000	—
c) Neubau					249 133	21
2. Betriebs-Anlage:						
a) Maschinen u. Transmissionen						
Best. am 1. Okt. 1912	600 000	—				
Zugang	584 228	02	1 184 228	02		
Abschreibung . .			1 184 227	02	1	—
b) Elektr. Kraft-, Licht- u. Telephon-Anl.						
Best. am 1. Okt. 1912	1	—				
Zugang	40 838	16	40 839	16		
Abschreibung . .			40 838	16	1	—
c) Werkzeuge						
Best. am 1. Okt. 1912	1	—				
Zugang	119 401	93	119 402	93		
Abschreibung . .			119 401	93	1	—
d) Inventar						
Best. am 1. Okt. 1912	1	—				
Zugang	95 303	92	95 304	92		
Abschreibung . .			95 303	92	1	—
e) Modelle						
Best. am 1. Okt. 1912	1	—				
Zugang	34 734	87	34 735	87		
Abschreibung . .			34 734	87	1	—
f) Patente Bestand wie am 1. Oktober 1912 .					1	—
3. Dauernde Beteiligung.					1 209 800	—
4. Vorräte an Roh- u. Betriebsmaterial, Halb- und Fertigfabrikaten . .					3 855 840	49
5. Debitoren					4 403 702	81
6. Bankguthaben . . .					635 215	33
7. Kasse					10 434	41
8. Wechsel					208 483	45
9. Effekten						
a) eigene . . .			7 355	60		
b) 300 Aktien d. Paul Goerz Stiftungsfds.			300 000	—	307 355	60
10. Avale					2 102 192	80
11. Kautionen					15 383	—
12. Vorausbezahlte Versicherungsprämien u. sonstige Kosten . .					51 282	67
					15 350 464	90

Passiva.	M.	Pf	M.	Pf	M.	Pf
1. Aktien-Kapital . .					5 000 000	—
2. Teilschuldverschreib.			2 000 000	—		
bereits ausgelost . .			224 000	—	1 776 000	—
3. Ausgeloste, noch nicht eingelöste Teilschuldverschreibungen . .					43 260	—
4. Gesetzl. Reservefonds			500 000	—		
5. Spezial-Reservefonds			650 000	—	1 150 000	—
6. Kreditoren					2 226 042	79
7. Avale					2 102 192	80
8. Spareinlagen von Angestellten u. Arbeitern					551 123	75
9. Paul Goerz Stiftungsfonds, bestehend in 300 Aktien der Gesellschaft zum Nennwert einschließlich Dividenden u. Zinsen					687 976	28
					13 536 595	62
Uebertrag					13 536 595	62
10. Beamten- u. Arbeiter-Unterstützungs-Kont.					19 051	21
11. Dividenden-Konto .					7 740	—
12. Fällige, noch nicht gezahlte Löhne, Zinsen und sonstige Kosten					435 584	06
13. Reingewinn						
Vortrag a. 1. Okt. 1912			68 335	83		
Gewinn 1912/1913 .			1 283 158	18	1 351 494	01
Verteilung:						
an den Spezial-Reservefonds . . .	150 000	—				
an den Vorstand und die Angestellten als Gewinnanteil . . .	197 000	—				
4% Dividende auf das Aktienkapital . . .	200 000	—				
an den Aufsichtsrat	36 807	90				
14% weitere Dividende auf das Aktienkapital	700 000	—				
Vortr. auf neue Rechn.	67 686	11				
	1 351 494	01			15 350 464	90

Gewinn- u. Verlust-Rechnung zum 30. Sept. 1913.

Soll.	M.	Pf
1. Handlungs-Unkosten	1 210 155	50
2. Abschreibungen	1 584 505	90
3. Reingewinn	1 351 494	01
	4 146 155	41

Haben.	M.	Pf
1. Vortrag am 1. Oktober 1912	68 335	83
2. Rohgewinn 1912/1913	4 077 819	58
	4 146 155	41

In der Generalversammlung vom 28. Februar 1914 wurde die Dividende für das Geschäftsjahr 1912/13 auf 18% festgesetzt. Der Dividendenschein Nr. 11 gelangt mit M. 180,— an der **Kasse der Gesellschaft in Friedenau-Berlin**, bei der **Deutschen Bank in Berlin** und bei dem **A. Schaaffhausen'schen Bankverein** zur Einlösung.

Berlin-Friedenau, den 28. Februar 1914.

Optische Anstalt C. P. Goerz Aktiengesellschaft.

Der Vorstand.

Hahn. Dr. Weidert. [5671

Sächsisch-Böhmische Portland-Cement-Fabrik, Aktiengesellschaft.

Die von der 16. ordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre für das Jahr 1913 auf **8%** festgesetzte Dividende kann **von heute ab** gegen Einlieferung des Dividendenscheins No. 15 ausser an **unserer Kasse** bei der

Dresdner Bank in **Dresden** oder **Berlin**

sowie bei der

Dresdner Bank in **Leipzig**

und der

Dresdner Bank Filiale Chemnitz

erhoben werden.

Dresden, den 26. Februar 1914.

Sächsisch-Böhmische Portland-Cement-Fabrik, Aktiengesellschaft.

Hänsel. [5666

Netto-Bilanz per 31. Dezember 1913.

Aktiva.	M.	Pf	M.	Pf
Kassa:				
1. Der Bestand an Gold in Barren oder ausländischen Münzen, das Pfund fein zu M. 1392.— gerechnet			—	—
2. Der Kassenbestand, und zwar an:				
a) kursfähig. deutsch. geprägten Gelde . . . . . . Gold	34 545 180	—		
Silber	406 396	13		
	34 951 576	13		
b) Reichskassenscheinen . . .	89 960	—		
c) eigenen Banknoten . . .	3 944 200	—		
d) Reichsbanknoten	3 976 750	—		
e) Noten anderer Banken .	179 100	—	43 141 586	13
3. Der Bestand an Silber in Barren und Sorten			—	—
4. Wechselbestände:				
a) Platzwechsel abzüglich Rückzinsen . . . . hiervon bis 15. Jan. 1914 fäll. M. 10 265 674.55	35 566 246	19		
b) Rimessenwechsel a. deutsche Plätze abzüglich Rückzinsen hiervon bis 15. Jan. 1914 fäll. M. 481 251.44	4 347 948	36		
c) Wechsel auf ausserdeutsche Plätze:				
auf Belgien . M. 50 436.43				
„ Christiania . „ 1 222.21				
„ Frankreich . „ 3 505.86				
„ Kopenhagen . „ 1 344.18				
„ London . . „ 15 220.50				
„ Oesterreich-Ungarn . . „ 234 369.51				
„ Schweiz . . „ 42 319.26	348 417	95	40 262 612	50
5. Lombardforderungen:				
a) auf Gold	—	—		
b) „ Effekten der in § 13 Ziff. 3 Buchst. b, c, d des Reichsbankgesetzes bezeichneten Art .	2 528 190	—		
c) auf andere Effekten . . .	—	—		
d) „ Waren	34 100	—	2 562 290	—
bis 31. Dez. 1913 anfallende Zinsen			19 107	40
6. Effektenbestand an:				
a) diskontierten Wertpapieren .	—	—		
b) eigenen Effekten	44 133	75		
c) Effekten des Reserve-Fonds	—	—	44 133	75
7. Konto-Korrent-Guthaben: Inkasso-, Giro- und sonstige Guthaben			1 555 064	31
8. Betrag der fälligen, aber unbezahlt gebliebenen Wechsel- u. Lombardforderungen			317 869	41
9. Grundstücke			1 360 000	—
			89 262 663	50

Passiva.	M.	Pf	M.	Pf
1. Grundkapital			7 500 000	—
2. Reservefonds			3 750 000	—
Spezialreservefonds:				
a) für Personalexigenz	563 955	62		
b) „ Spar- und Sterbekassa .	1 266 405	86		
c) „ Banknotenanfertigung . .	126 005	79		
d) „ Rücklage zur Leistung an den Staat pro 1914 . .	26 000	—	1 982 367	27
Leistung an den Staat pro 1913			53 150	—
3. Delkredere-Konto			963 058	01
4. Banknoten-Emission, und zwar: Eig. Noten emittiert à M. 100.—	367 200 000	—		
hiervon ab laut § 5 des R.-B.-G. aus dem Verkehr gezogene . .	297 200 000	—	70 000 000	—
5. Guth. d. Giro- u. Kto.-Korr.-Gläub.			3 874 726	07
6. Betrag der Depositen, und zwar:				
a) d. verzinsl. 1% Dep. o. Aufkünd.	—	—		
b) „ „ 2% „ „ „	—	—		
			88 123 301	35
Transport			88 123 301	35
c) d. verzinsl. 3% Dep. mit dreimonatlicher Aufkündigung .	—	—		
d) der unverzinslichen Depositen	—	—	—	—
7. Betrag der schuldigen Depositenzinsen			—	—
Dividenden-Rückstände . .			5 355	—
8. Betrag der zu entrichtenden Notensteuer			1 860	83
9. Reingewinn	1 388 796	32		
ab: Leistg. a. d. Staat pro 1913 . . M. 53 150.—				
Z. Spezialres. f. Spar- u. Sterbekassa . . . . „ 23 500.—				
Res. für Banknoten-Anfertig. „ 80 000.—				
Dotation d. Delkredere-Kto. . „ 100 000.—	256 650			
	1 132 146	32		
hiervon zur Verteilung . . .			970 636	82
Gewinn-Uebertrag auf 1914 . .			161 509	50
Verbindlichk. aus weit. begeb., im Inl. zahlb. Wechs. M. 999 726.29				
			89 262 663	50

Bayerische Notenbank.

Die Direktion.

[5076

Grosse Berliner Strassenbahn.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zur **dreiundvierzigsten ordentlichen Generalversammlung, welche am 26. März d. J., vormittags 11 Uhr, im Hotel Adlon (vorm. Reichshof) hier, Wilhelmstrasse Nr. 70a,** stattfindet, ergebenst eingeladen.

Die Aktien können hinterlegt werden **bis spätestens den 23. März d. J. abends 6 Uhr**

bei der **Gesellschaftshauptkasse hier, Leipziger Platz Nr. 14 und Vossstrasse Nr. 23,** der **Dresdner Bank hier, Behrenstrasse Nr. 38/39,** der **Effektenkasse der Disconto-Gesellschaft hier, Behrenstrasse Nr. 43/44,** der **Bank für Handel und Industrie hier, Schinkelplatz Nr. 1/2,** dem **A. Schaafhausen'schen Bankverein hier, Französische Strasse Nr. 53/54,** der **Nationalbank für Deutschland hier, Behrenstrasse Nr. 68/69,** der **Berliner Handelsgesellschaft hier, Behrenstrasse Nr. 33,** der Firma **S. Bleichröder hier, Behrenstrasse Nr. 63,** und der Firma **Jacquier & Securius hier, An der Stechbahn Nr. 3/4.**

Die Hinterlegung kann auch in Depotscheinen der Reichsbank, ihrer Filialen oder der Bank des Berliner Kassenvereins oder bei einem deutschen Notar geschehen. Ueber die erfolgte Hinterlegung wird ein Depotschein ausgefertigt, welcher als Einlasskarte zur Generalversammlung dient. Die Jahresbilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung sowie ein den Vermögensstand der Gesellschaft entwickelnder Bericht für 1913 liegen vom 7. März d. J. bei der vorbezeichneten Gesellschaftshauptkasse zur Einsicht der Aktionäre aus.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung des Aufsichtsrats und der Direktion über den Vermögensstand und die Lage der Geschäfte unter Vorlegung der Bilanz, der Gewinn- und Verlust-Rechnung und des Geschäftsberichts für 1913 sowie Bericht der Revisoren über erfolgte statutenmässige Prüfung, Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz für 1913, Feststellung der Dividende und Erteilung der Entlastung.
2. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
3. Wahl von Revisoren.

Berlin, den 28. Februar 1914.

Grosse Berliner Strassenbahn.

Der Aufsichtsrat.

Arnhold. Wiesner.

[5672

Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt“ und für den Inseratenteil: M. Hauschner, Berlin.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.